

Jörg Tauss

- (A) ten, ob diese nun eine größere oder eine kleinere Auflage haben, ob sie winzige Verbreitung haben oder überregional sind, pünktlich erhältlich sind. Das ist ein ganz wichtiger, ein wesentlicher Beitrag zur Meinungsvielfalt. Dieser Teil wird immer wieder infrage gestellt. Ich bin froh, dass sich die Verlage wieder im Grundsatz geeinigt haben. Leider beteiligen sich noch nicht alle Verlage; ich nenne namentlich den Bauer-Verlag. Ich hoffe, dass es noch möglich ist, dass sich alle einigen. Wenn die Verlage nicht mehr in der Lage sein sollten, sich zu einigen, droht, dass allein über den Vertrieb ganze Zeitungen ausgeschlossen werden können, nicht mehr zum Konsumenten gelangen. Das wäre ein Verlust an Meinungsfreiheit und an Meinungsvielfalt, den wir nicht hinnehmen könnten. Wir müssten gesetzgeberische Maßnahmen ergreifen; ich sage dies in Richtung Verlage in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch die **Deutsche Digitale Bibliothek** ist ein ganz wichtiges Feld, nicht erst angesichts der Katastrophe im Stadtarchiv von Köln. Natürlich werden historische Originale durch digitale Kopien nicht ersetzbar sein. Aber digitale Kopien müssen vorhanden sein, wenn unersetzliche Werke verloren gegangen sind – damit nicht eine ganze Geschichtsschreibung verloren geht, wenn, wie in Köln, ein Archiv einstürzt.

Auch bei der Digitalisierung im europäischen Bereich stehen wir vor Herausforderungen. Ich stimme allen zu, die gesagt haben, dass auch hier etwas geschehen muss. Im Hinblick auf diese Punkte handeln wir auch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(B)

Ich verstehe, dass es Ihnen unangenehm ist, Kollege Grindel, wenn wir eine Frage wie die nach dem ZDF heute in die Diskussion bringen. Sie können nicht sagen, es gebe Wichtigeres; denn es geht nicht nur um eine Stelle. Ich würde es etwas ernsthafter formulieren, und deshalb ist es gut, dass dies heute angesprochen worden ist. Es ist unsere Aufgabe, zum Erhalt des öffentlich-rechtlichen Systems beizutragen, für das wir beide in der Vergangenheit trotz unterschiedlicher Betrachtungen immer gemeinsam gestanden haben. Hier haben wir uns zum Teil von Herrn Kollegen Otto unterschieden, der ein bisschen neoliberaler auftrat; heute war er ja ganz vernünftig.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Wissen Sie, was neoliberal ist?)

Herr Kollege Grindel, eine Voraussetzung für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist natürlich auch der Nachweis von **Staatsferne**. Aus diesem Grunde müssen wir an dieser Stelle wirklich aufpassen.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Gilt für Radio Bremen aber auch!)

– Dies gilt für alle Beteiligten, und dies gilt auch für Debatten über Rundfunkgebühren. Die Staatsferne ist ein wichtiges Ziel, und wir sollten nicht den Hauch eines Verdachtes auf uns kommen lassen, dass wir journalistische Unabhängigkeit in Gefahr bringen. Bei diesem Thema gab es allerdings in letzter Zeit ein paar Punkte,

die wir zum Anlass genommen haben, um über Pressefreiheit und den Schutz von Journalistinnen und Journalisten etwa bei Onlinedurchsuchungen zu diskutieren. Diese Diskussion haben wir Medienpolitiker allerdings nicht immer erfolgreich geführt; da stimme ich zu. Aber die Herausforderung, Pressefreiheit, Medienfreiheit und -vielfalt zu verteidigen, ist die zentrale Aufgabe. Für das, was wir hier in Zukunft tun müssen, finden wir in diesem Bericht ganz wichtige Hinweise. Insofern kann man ihn an dieser Stelle nur ausdrücklich loben.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/11570 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Der Entschließungsantrag auf Drucksache 16/12135 soll an dieselben Ausschüsse überwiesen werden. Sind Sie damit einverstanden. Das ist offensichtlich der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 19 a, b und d sowie den Zusatzpunkt 1 auf:

- 19 a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

(D)

– zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Ina Lenke, Sibylle Laurischk, Miriam Gruß, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Sechster Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)

– zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Sechster Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)

– Drucksachen 16/8416, 16/5807, 16/9368 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Dr. Eva Möllring
Renate Gradistanac
Ina Lenke
Jörn Wunderlich
Irmingard Schewe-Gerigk

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann,

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Karin Binder, Heidrun Bluhm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Internationaler Frauentag muss gesetzlicher Feiertag werden

– Drucksachen 16/8373, 16/12139 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Antje Blumenthal
Caren Marks
Sibylle Laurischk
Jörn Wunderlich
Irmingard Schewe-Gerigk

- d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Kirsten Tackmann, Karin Binder, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Gleichstellung der Geschlechter in der Privatwirtschaft durch wirksame gesetzliche Regelungen fördern

– Drucksache 16/9486 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)
Rechtsausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales

- ZP 1 Beratung des Antrags der Abgeordneten Irmingard Schewe-Gerigk, Kerstin Andreae, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- (B) **Quote für Aufsichtsratsgremien börsennotierter Unternehmen einführen**

– Drucksache 16/12108 –

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind auch für diese Aussprache eineinviertel Stunden vorgesehen, wobei ich darauf hinweise, dass wir für die gerade stattgefundene Debatte erkennbar mehr Zeit als vereinbart beansprucht haben. – Ich höre zu diesem Vorschlag keinen Widerspruch; damit ist diese Gesamtredezeit vereinbart.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst der Bundesministerin Frau Dr. Ursula von der Leyen.

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der internationale Frauentag steht in diesem Jahr unter besonderem Vorzeichen: Wir feiern 90 Jahre Frauenwahlrecht, 60 Jahre Grundgesetz mit Art. 3 Abs. 2, und auch das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau hat in diesem Jahr einen runden Geburtstag: 30 Jahre CEDAW. Bei solchen Anlässen schauen wir zurück und ziehen Bilanz. Aber natürlich schauen wir auch nach vorne und beschreiben Wegstrecken und auf ihnen vorhandene Hürden.

Im Februar haben wir in Genf zum sechsten Mal den **CEDAW-Staatenbericht für Deutschland** vorgestellt. Mit Erfolg: Der Ausschuss hat unsere Fortschritte in hohem Maße anerkannt und entgegen der Üblichkeit den nächsten deutschen Staatenbericht nicht für 2010/2011, sondern erst für 2014 vorgesehen. Gelobt wurde beispielsweise, dass sich Väter in Deutschland inzwischen stärker an der Elternzeit beteiligen. Bei der Vorlage des letzten Staatenberichtes – daran werden Sie sich noch erinnern – wurde die damalige Väterquote, die unter 4 Prozent lag, noch heftig kritisiert. Mit den Partnermonaten im Elterngeld hat sich spürbar etwas verändert; die Väterquote hat sich inzwischen vervierfacht.

Auch der Zweite Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen liegt auf der Linie der CEDAW-Empfehlungen, insbesondere deshalb, weil der Aktionsplan einen besonderen Schwerpunkt auf Schutzmaßnahmen für Migrantinnen und für Frauen mit Behinderungen legt.

Dies alles ist Bestätigung, aber auch Ansporn; denn es ist weiß Gott nicht alles Gold. Es gibt Bereiche, in denen noch viel zu tun ist: Warum ist Armut immer noch zunächst einmal weiblich? Warum sind so wenige Frauen in Führungspositionen? Warum verdienen Frauen in Deutschland für ein und dieselbe Arbeit im Durchschnitt fast ein Viertel weniger – eine Lohnlücke von 23 Prozent – als ihre männlichen Kollegen?

In dieser einen Messgröße, nämlich dem Verhältnis der Bruttostundenlöhne von Frauen und der Bruttostundenlöhne von Männern, verdichten sich fast alle Facetten der Probleme, die Frauen heute erleben, wenn sie im Erwerbsleben ihren Weg gehen wollen:

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und was tut die Regierung dagegen?)

die Hindernisse auf dem Karriereweg, die starren Rollenmuster, Frauen fehlen in bestimmten Berufen und Branchen sowie auf höheren Stufen der Karriereleiter, die Schwierigkeiten, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, und die erheblichen Hürden beim Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienzeit.

Typische Frauenberufe sind im Durchschnitt schlechter bezahlt als typische Männerberufe. Das ist sowohl im Einzelnen als auch in der Summe inakzeptabel; denn Frauen sind längst genauso gut ausgebildet wie ihre männlichen Kollegen. Viele Familien sind auf das Einkommen der Frauen angewiesen. In jeder fünften Familie ist die Frau inzwischen die Hauptnährerin.

Wenn man die **Entgeltungleichheit** europaweit vergleicht, dann stellt man fest, dass Deutschland im schlechten hinteren Mittelfeld, nämlich auf dem siebten Platz, liegt. Ich weiß, dass diese Statistik mit Vorsicht zu genießen ist. Zum Beispiel ist die geringe Lohnlücke von Malta – sie beträgt gerade einmal 4 Prozent – auch darauf zurückzuführen, dass auf Malta überhaupt nur knapp 36 Prozent der Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Das kann keine Antwort sein. Wir haben in Deutschland eine Frauenerwerbstätigenquote von 64 Prozent und damit die Ziele der Lissabon-Strategie inzwi-

Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen

- (A) schen übertroffen. Zu welchem Preis aber? Das muss heute nach wie vor die entscheidende Frage sein.

Gegen einige Ursachen für die **Lohnlücke** kann die Politik nur schwer etwas tun: Gewerkschaften und Arbeitgeber sind bei den Tarifverhandlungen für die Arbeitnehmer in sogenannten typischen Frauenberufen und sogenannten typischen Männerberufen entscheidend. Es gibt gar keinen plausiblen Grund, warum ganze Branchen schlechter bezahlt werden, nur weil in ihnen überwiegend Frauen arbeiten. Eine andere Ursache ist die Tatsache, dass die Lohnlücke mit steigender Qualifikation größer wird – das gilt gerade auch für die frei verhandelten Gehaltsebenen –, sodass Frauen für ein und dieselbe Arbeit schlechter bezahlt werden.

An einer der wichtigsten Ursachen für die Lohnlücke kann die Politik aber etwas tun, und da tut die Politik auch etwas; hier müssen wir weiter hartnäckig am Ball bleiben: Frauen unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit wegen der Familie häufiger und länger als Männer. Je länger diese **Erwerbsunterbrechungen** dauern, desto größer werden die Gehaltseinbußen, und desto stärker schwinden die Aufstiegsmöglichkeiten. Das hat seine Ursachen natürlich auch in jahrzehntelangen Lippenbekenntnissen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, denen gar keine oder nur zögerliche Taten gefolgt sind.

Deshalb ist das Elterngeld mit den Vätermontaten richtig gewesen. Deshalb ist der Ausbau der Kinderbetreuung überfällig.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Ina Lenke [FDP])

Deshalb sind Ganztagschulen und haushaltsnahe Dienstleistungen in diesem Land unverzichtbar.

Entscheidend ist: Kinder brauchen Zeit, zu pflegende Angehörige brauchen Zeit, und die Karriere braucht Zeit. Wenn eine Seite – zum Beispiel Kinder – nicht zu lasten der anderen Seite – Karriere – gehen soll, dann gibt es nur eines: Es muss für Männer und Frauen das gleiche Anliegen sein, und es muss Männer genauso wie Frauen angehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Ina Lenke [FDP])

Ich bin der festen Überzeugung, dass für die Vereinbarkeit von Beruf bzw. Karriere und Familie die von uns eingeführten Partnermonate beim Elterngeld genauso entscheidend sind wie unser gemeinsam durchgeführter Ausbau der Kinderbetreuung. Das sind die Steine, die am Anfang gelegt werden müssen, damit der Weg überhaupt gegangen werden kann.

Im CEDAW-Ausschuss ist deutlich geworden: Wir kommen mit der Gleichstellungspolitik voran, und wir haben anerkanntermaßen einiges erreicht.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf welcher Seite haben Sie das denn gelesen?)

Dennoch ist der Weg lang. Ich bin überzeugt: Wenn wir diesen Weg weiter hartnäckig und unbeirrbar gehen, dann werden wir diese Lohnlücke weiter schließen. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist Ina Lenke für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ina Lenke (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Rechtzeitig vor dem Internationalen Frauentag diskutieren wir heute den CEDAW-Bericht aus dem Jahr 2007. Frau Ministerin, ich habe Ihnen sehr genau zugehört. Sie haben mehr Fragen gestellt und mehr Punkte sachlich dargestellt, als Antworten gegeben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bedauerlich ist auch, dass die Bundesregierung bis heute die „Concluding Observations“ – die abschließenden Bemerkungen – des CEDAW-Ausschusses aus dem Februar dieses Jahres nicht vorgelegt hat. Was sind die Gründe dafür? Sie haben am 2. Februar den Ausschuss besucht; am 10. Februar ist der Bericht veröffentlicht worden.

Auch die **Alternativberichte** der Allianz von Frauenorganisationen in Deutschland und des Juristinnenbunds sind bisher nicht im Ausschuss diskutiert worden. Frau Ministerin, Sie haben eine hauseigene Pressemitteilung vom 13. Februar zitiert, die wortgleich mit einer Pressemitteilung aus Ihrem Haus vom 4. März ist. (D)

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

Eine hauseigene Pressemitteilung, in der sich die Regierung über den Klee lobt, reicht aber wahrlich nicht aus.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich gebe der Ministerin recht und freue mich, dass Ihnen und der Großen Koalition der Durchbruch bei den Krippenplätzen und auch beim Elterngeld gelungen ist.

(Elke Ferner [SPD]: Gegen den Widerstand der Union!)

Das ist ein Erfolg der Bundesregierung, den auch wir unterstützt haben. Das ist gar keine Frage; die FDP will das auch.

Familienpolitik aber ist das eine. **Frauenpolitik** – das, was der CEDAW-Bericht insgesamt in all seinen Facetten unter die Lupe nimmt – ist das andere. Hierbei bestehen bei dieser Bundesregierung Defizite.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ina Lenke

- (A) Frau von der Leyen, mit Familienpolitik können Sie zwar in der Öffentlichkeit besser punkten als mit der Frauenpolitik, aber welche Konzepte für ein gerechteres Steuersystem und gegen die Benachteiligung von Frauen im Steuer- und Sozialrecht haben Sie? Welche Maßnahmen unternehmen Sie bei anonymen Geburten, um Frauen in einer Notlage zu unterstützen?

Außerdem – das hat mich sehr geärgert, Frau Ministerin – hat das Familienministerium beim Konjunkturpaket II komplett versagt. Das wird sicherlich auch im nächsten CEDAW-Bericht eine Rolle spielen. Alle Frauen, die geschieden sind und Barunterhalt von ihren Männern bekommen, erhalten nicht einmal den vollen **Kinderbonus** von 100 Euro, sondern nur die Hälfte. Der Familienausschuss hat – das wissen wir alle – dem federführenden Haushaltsausschuss einstimmig vorgeschlagen, dass diese Ungerechtigkeit geändert werden soll. Zumindest wir von der Opposition werden solche Ungerechtigkeiten im Bundestag deutlich benennen. Das gehört auch in den CEDAW-Bericht von heute und von morgen.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP hat zum Sechsten Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau Vorschläge eingebracht, die heute mit zur Beratung stehen. Wir fordern die Bundesregierung unter anderem auf, die Benachteiligungen im Steuer- und Sozialrecht abzubauen, weil sie sich an den Nettoeinkünften orientieren. Das ist – das spreche ich, glaube ich, schon zum zwanzigsten Mal an – auch mit der Steuerklasse V verbunden, die für Ehefrauen diskriminierend ist.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Des Weiteren fordern wir, Stereotype bei Bildung, Ausbildung und Beschäftigung zu bekämpfen, damit Frauen in der Wirtschaft wie auch in den einzelnen Ausbildungszweigen besser positioniert sind. Das wollen wir alle, und die Ministerin hat festgestellt – darin stimme ich ihr zu –, dass das ein schwieriger Weg ist. Aber warum haben Sie noch nicht mit den Gewerkschaften geredet, Frau Ministerin? Wir haben in der AG Frauen mit den Gewerkschaften geredet. Ich denke, sie sind auch Gesprächsbereit. Insofern sollte das nachgeholt werden.

Was bedeutet es, Frauen als Unternehmerinnen zu fördern? Wir fordern das, und zwar auch für Erzieherinnen, die sich selbstständig machen wollen. Dem hat die SPD einen Riegel vorgeschoben. An dieser Stelle gibt es nichts. Da haben Sie sich leider nicht durchsetzen können. Das bedauern wir von der FDP.

(Beifall bei der FDP)

Zum Thema **Frauen und Bundeswehr** ist festzustellen, dass Geschlechtergerechtigkeit und Familienfreundlichkeit bei der Bundeswehr bisher nicht umgesetzt worden sind. Ich fahre am 30. März nach Seedorf, wo es angeblich tolle Pilotprojekte gibt. Wir werden uns vor Ort ein Bild davon machen.

(Antje Blumenthal [CDU/CSU]: Da hätten Sie mal vorher hinfahren sollen!)

(C) Hehre Ankündigungen wie die Teilkonzeption zur Vereinbarkeit von Familie und Dienst in den Streitkräften stehen bislang nur auf dem Papier. Das hat die Antwort auf die Große Anfrage der FDP gezeigt.

(Antje Blumenthal [CDU/CSU]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

– Frau Blumenthal, das stimmt. Lesen Sie es noch einmal nach!

Auf unsere Position zu Frauenhäusern und zu dem Thema Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund wird meine Kollegin Frau Laurischk noch eingehen.

Wir stehen mit unserer **Kritik am CEDAW-Bericht** nicht alleine. Im Alternativbericht der Allianz von Frauenorganisationen und im ergänzenden Alternativbericht des Deutschen Juristinnenbundes zum Beispiel wird die Regierungsarbeit der letzten Jahre unter die Lupe genommen und festgestellt, dass die Bundesregierung offensichtlich keine zielorientierte Gleichstellungspolitik betreibt und dass sie sich fast ausschließlich auf die Familienpolitik konzentriert. Unabhängige Frauenorganisationen kritisieren zu Recht, dass mit ihnen keine Beratung vor Abgabe des Berichts stattgefunden hat. Umso mehr müssen sich das Parlament und der Familienausschuss mit den Forderungen in den CEDAW-Alternativberichten befassen.

Aufgrund meiner begrenzten Redezeit kann ich nur einige Kritikpunkte aus dem über 50 Seiten starken Bericht nennen: keine Fortschritte bei der Gleichstellungsstrategie „Gender-Budgeting“, Abschaffung der interministeriellen Arbeitsgruppe – das haben Sie gemacht – und der Gruppe „Gender-Mainstreaming“ sowie des Referates. Es gibt kein klares Konzept für die neu eingerichtete Antidiskriminierungsstelle. Hier fehle es an Unabhängigkeit und Wirksamkeit.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

(D) Massive Kritik wird auch an der ungleichen Bezahlung von Männern und Frauen in Deutschland geübt.

Ich muss leider zum Schluss kommen. Die Concluding Observations, die Empfehlungen des CEDAW-Fachausschusses vom 10. Februar dieses Jahres, müssen von der Bundesregierung vorgelegt und im Ausschuss beraten werden. Auch nach dem Internationalen Frauentag muss so viel Zeit dafür sein.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Und manchmal sogar etwas mehr als vorgesehen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Nun erhält zu einer Kurzintervention die Kollegin Riemann-Hanewinckel das Wort.

Christel Riemann-Hanewinckel (SPD):

Frau Ministerin, meine Kurzintervention bezieht sich auf Ihre Rede. Sie waren so schnell fertig, dass ich meine

Christel Riemann-Hanewinkel

- (A) Kurzintervention beim Präsidium nicht rechtzeitig anmelden konnte.

Ich habe einige Bemerkungen und zwei Fragen. Leider liegen dem Parlament die abschließenden Bemerkungen des CEDAW-Ausschusses noch nicht vor. Aber es gibt zum Glück Nichtregierungsorganisationen, die diese abschließenden Bemerkungen auf ihren Homepages in Englisch veröffentlicht haben. Ich habe gehofft, dass bis zum heutigen Tag eine deutsche Übersetzung aus Ihrem Hause vorliegt. Das ist offenbar noch nicht der Fall, bzw. sie ist noch nicht freigegeben. In diesen abschließenden Bemerkungen wird deutlich, dass es in der Tat eine Reihe von positiven Punkten gibt. Es gibt aber auch sehr viele Punkte, in denen die Bundesregierung aufgefordert wird, nachzubessern bzw. deutliche Veränderungen vorzunehmen.

Vom Ausschuss wurde sehr moniert, dass die **CEDAW-Konvention** in Deutschland zu wenig bekannt ist. Da diese Konvention geltendes Recht in Deutschland ist, wir aber feststellen müssen, dass Juristinnen und Juristen sie kaum kennen und deshalb auch kaum anwenden, lautet meine erste Frage: Wie will Ihr Haus in Zukunft dafür sorgen, dass nicht nur Juristinnen und Juristen, sondern auch die breite Bevölkerung diese Konvention zur Kenntnis nehmen und vor allen Dingen anwenden kann?

Mein Hauptpunkt ist folgender: Ich habe als Mitglied des Menschenrechtsausschusses von Anfang bis Ende an der Ausschusssitzung am 2. Februar in Genf teilgenommen. Dort wurde von vielen Mitgliedern des Ausschusses sehr deutlich und heftig kritisiert, dass sich die Bundesregierung, vor allem Ihr Haus, nicht mehr in der Lage sieht, den **Begriff „Gender-Mainstreaming“** zu verwenden, obwohl dieser ein international verbindlicher Begriff ist. Es wurde sehr deutlich festgestellt, dass die Übersetzung ins Deutsche mit „Leitprinzip Geschlechtergerechtigkeit“ nicht die Strategie bezeichnet, die mit Gender-Mainstreaming gemeint ist. Vielmehr handelt es sich hier um eine Zielvorstellung. Selbst wenn Geschlechtergerechtigkeit erreicht werden sollte – es ist fraglich, ob das jemals gelingt –, bliebe das Prinzip des Gender-Mainstreamings bestehen; denn auch danach muss jedes Gesetz daraufhin überprüft werden, ob es unterschiedliche Wirkungen für Männer und Frauen hat. Meine zweite Frage lautet daher: Sind Sie als zuständige Ministerin bereit, zum Begriff und damit zum Prinzip des Gender-Mainstreamings zurückzukehren?

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Ministerin, bitte.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Zunächst einmal zu Ihrer Anmerkung, der CEDAW-Bericht liege nicht vor. Wir haben ihn so schnell wie irgend möglich ins Deutsche übersetzt. Ihrer Fraktion liegt der Bericht inzwischen vor.

Sofern ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie Ihre Kurzintervention auf den Begriff „Gender-Mainstreaming“ – das ist, glaube ich, der Inhalt Ihrer Kurzinter-

vention gewesen – reduziert. Ich weiß von meiner hochgeschätzten Vorgängerin, dass sie einen Preis ausgelobt hat für eine lebensnahe, verständliche Übersetzung. Da liegt wohl das Hauptproblem bei Gender-Mainstreaming. Es geht um den Inhalt von Gender-Mainstreaming, um den englischen Kontext, der uns allen eigentlich klar ist. Wir streben

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Wir wollen doch Deutsch sprechen! – Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Übersetzen Sie „Best Practice“ auch ins Deutsche?)

die Gleichstellung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen an. Das ist der Gegenstand der Diskussionen, die wir hier zurzeit führen. Und genau darauf zielen die Bemühungen, die die Bundesregierung in den letzten drei Jahren in dieser Legislaturperiode in den eben erwähnten Feldern, die für die Gleichstellung von Männern und Frauen im Erwerbsleben, im Familienleben und in allen anderen Bereichen des Lebens entscheidend sind, mit großem Erfolg unternommen hat.

Aber sich an einen englischsprachigen Begriff zu klammern, der hier nicht verstanden wird, ist meines Erachtens nicht der Sinn der Sache.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Sehr richtig! Bravo! So ist es!)

Vielmehr kommt es auf den Inhalt an.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) (D)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Christel Hummel, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Christel Humme (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Frau Lenke, auch Sie haben viele Fragen gestellt, und ich habe Ihrer Rede entnommen, dass Sie sich weiten Bereichen der Kritik des Gleichstellungsausschusses und der Berichte anschließen. Ich habe jedoch FDP-Konzepte und Antworten darauf vermisst.

(Ina Lenke [FDP]: Einen Antrag haben wir vorgelegt! – Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch bei der Ministerin hat das Konzept gefehlt!)

Ich denke, auch das muss man an dieser Stelle festhalten.

(Ina Lenke [FDP]: Wir haben einen Antrag vorgelegt! – Zuruf von der FDP: Das haben Sie wohl noch nicht bemerkt!)

Frauen sind auf dem Sprung.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin Humme, würden Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Lenke zulassen?

(A) **Christel Humme** (SPD):

– Nein. Mach doch am Schluss eine Kurzintervention, Ina.

(Zurufe von der FDP)

– Ich habe doch noch gar nicht angefangen. Insofern können Sie noch gar nichts dazu sagen.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollte sagen, dass sie einen Antrag dazu gemacht hat!)

Sie wollen Karriere, Kinder und einen Mann – aber keinen Versorger.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Das ist gut! Jawohl!)

Das ist das Ergebnis der Studie „Frauen auf dem Sprung“ bei 15- bis 19- und 27- bis 29-jährigen Frauen im Jahre 2008. Mit anderen Worten: Die heutigen jungen Frauen wollen berufstätig und ökonomisch unabhängig sein. Wie weit diese Frauen letztlich springen können, hängt eindeutig von uns ab – von unserer konkreten Gleichstellungspolitik, von den Rahmenbedingungen, die wir setzen.

Wir haben das Ziel, Frauen einen olympiareifen Weitsprung zu ermöglichen. Haben wir die Frauen genug dafür trainiert, Frau von der Leyen? Ja, ansatzweise schon. Denn mit unserem Elterngeld und den Partnermonaten haben wir die Chancen der jungen Frauen auf Erwerbstätigkeit erhöht. Keine Frage.

(B) Mit unserem Ganztagschulprogramm und unserem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige ab 2013 machen wir einen weiten Sprung nach vorne. Darauf können wir alle sehr stolz sein.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Und mit dem Betreuungsgeld!)

– Nein, auf das Betreuungsgeld nicht, Herr Singhammer. – Dafür bekommen wir auch vom Gleichstellungsausschuss sehr viel Lob; das darf man nicht vergessen. Aber für eine Olympiamedaille reicht es noch nicht. Denn die genannte Studie von 2008 stellt auch fest – ich zitiere –:

... aber die Zufriedenheit mit dem Beruf ist enorm niedrig. ... Die Frauen sehen ganz klar, dass Männer bevorzugt werden, dass sie schlechtere Aufstiegschancen haben, die nicht auf Leistung, sondern auf Geschlecht beruhen.

(Elke Ferner [SPD]: So ist das!)

Diese individuellen Erfahrungen von Frauen werden vom Frauenrechtsausschuss der Vereinten Nationen bestätigt. Er beklagt nach wie vor die bestehenden Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt. Der Abschlussbericht, Frau Riemann-Hanewinkel, liegt leider erst seit gestern vor. Er ist sehr dick. Insofern kann ich verstehen, dass Sie ihn sicherlich noch nicht haben lesen können. Er ist auch noch nicht im Verteiler. Aber er liegt seit gestern vor.

(Ina Lenke [FDP]: Wir haben ihn nicht! Die Opposition hat ihn nicht!)

Der Frauenrechtsausschuss der Vereinten Nationen (C) gibt uns in diesem Abschlussbericht einen Auftrag, und zwar hinsichtlich der **Gleichstellung am Arbeitsmarkt** aktiver zu werden. Was ist zu tun?

Auf alle Fälle dürfen wir uns nicht täuschen lassen. Die Erwerbstätigenquote der Frauen von 64 Prozent gaukelt uns vor, wir hätten das Lissabon-Ziel von 60 Prozent erreicht, ja vielleicht sogar schon übererfüllt. Richtig ist: Die Beschäftigungsquote von Frauen allein sagt nichts darüber aus, welche Position sie auf dem Arbeitsmarkt haben. Tatsache ist: Ganz oben, in den Führungspositionen, sind Frauen mit der Lupe zu suchen. Ganz unten, im Niedriglohnsektor, stellen Frauen die Mehrheit. Wenn es um die **Bezahlung** geht, ziehen Frauen trotz gleicher Arbeit den Kürzeren. Das wollen und müssen wir dringend ändern. Beim Geld hört die Gleichberechtigung auf. Deutschland steht an siebter Stelle der 25 europäischen Staaten. Bei uns verdienen Frauen – wir haben es gerade gehört – 23 Prozent weniger als Männer. Was besonders betroffen macht: Die Lohnlücke wird größer statt kleiner. Das ist für Deutschland ein Skandal.

(Beifall bei der SPD)

Der Gleichstellungsausschuss der Vereinten Nationen fordert von uns klare Regelungen, um in der Gleichstellung den entscheidenden Sprung nach vorne zu tun. Das ist auch unsere, die sozialdemokratische Auffassung. Wir brauchen Quotenregelungen für Frauen in der Wissenschaft, für Frauen in Aufsichtsräten. Norwegen hat das vorgemacht.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also stimmt ihr unserem Antrag zu? Das fände ich sehr schön!) (D)

Wir brauchen ein Steuersystem, das Frauen nicht benachteiligt, wenn sie berufstätig werden. Wir brauchen verbindliche gesetzliche Regelungen für gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit. Tarifverträge müssen einem Diskriminierungsscheck unterzogen werden. Der gesetzliche Mindestlohn für alle muss endlich eingeführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen tradierte Rollenbilder aufbrechen. Dafür brauchen wir eine noch bessere **partnerschaftliche Aufteilung von Familie und Beruf**. Zurzeit können Mütter und Väter gleichzeitig sieben Monate Teilzeit arbeiten. Warum sollte das nicht für die gesamte Elternzeit möglich sein? Das wäre eine echte partnerschaftliche Aufteilung von Familie und Beruf.

Ich habe wegen der Kürze der Zeit nur vier Vorschläge herausgegriffen, die wir unterstützen und die deutlich machen, dass die freiwilligen Vereinbarungen zu mehr Chancengleichheit im Beruf, die 2001 zwischen der Regierung und der Wirtschaft getroffen wurden, in puncto Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt nicht weitergeholfen haben.

(Beifall bei der SPD – Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir Herrn Schröder schon gesagt, als er das abgeschlossen hat!)

Christel Humme

- (A) Nach acht Jahren müssen wir uns das endlich eingestehen.

30 Jahre gibt es den CEDAW-Ausschuss. Vor 24 Jahren haben wir das Übereinkommen der UNO zur **Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau ratifiziert**. Damit haben wir in Deutschland die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung von Frauen als unveräußerliches Menschenrecht anerkannt. Deshalb ist spätestens seit diesem Zeitpunkt die Zeit der Freiwilligkeit vorbei; denn Freiwilligkeit ist Stillstand. Meine Fraktion hat am Dienstag einen eindeutigen Beschluss gefasst: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen auf klare gesetzliche Regelungen, damit wir gleichstellungspolitisch einen guten Sprung nach vorne tun.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort zu einer Kurzintervention gebe ich der Kollegin Lenke.

Ina Lenke (FDP):

Frau Humme, der Abschlussbericht liegt uns nicht vor. Es ist schon merkwürdig, dass die Ministerin davon spricht, dass die Große Koalition ihn hat. Aber Sie haben eine Kollegin gehört, die ihn auch noch nicht hat. Es ist einen Monat her. In dieser Zeit hätte etwas passieren können.

(B)

Aber nun zu Ihnen, Frau Humme. Sie wissen genau, dass die FDP bei anderthalb Stunden Debattenzeit eine Redezeit von 10 Prozent hat. Das sind sechs Minuten. Jetzt fragen Sie mich nach den Anträgen der FDP. Ihre Mitarbeiterin scheint die Rede geschrieben zu haben; denn wenn Sie die Tagesordnung gesehen hätten, dann wüssten Sie, dass im Zusammenhang mit der Behandlung des CEDAW-Berichts auch der FDP-Antrag aufgeführt ist, der schon im letzten Jahr zu diesem Thema eingebracht worden ist. Ich würde Ihnen, Frau Humme, zum Schluss gerne mit auf den Weg geben: Die SPD regiert so lange, wie ich im Bundestag bin, seit 1998. Das sind zehn Jahre. Jetzt stellen Sie sich hin und beklagen das Fehlen von Equal Pay, also die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen.

(Elke Ferner [SPD]: Sie waren 16 Jahre mit Kohl in einer Regierung, Frau Lenke! Was ist denn da passiert?)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin Lenke, die FDP hat zehn Minuten Redezeit. Das möchte ich klarstellen.

Bitte, Frau Kollegin Humme.

Christel Humme (SPD):

Schönen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Lenke, ich bin sehr stolz darauf, dass wir zehn Jahre an der Regierung beteiligt waren;

(Sibylle Laurischk [FDP]: Waren! Sie sind schon in der Vergangenheit!)

(C)

denn vor allen Dingen in der ersten Legislaturperiode haben wir gerade in der Gleichstellungspolitik sehr viel auf den Weg gebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Programm „Frau und Beruf“ im Rahmen des Gleichstellungsgesetzes für die Bundesverwaltung

(Ina Lenke [FDP]: Hat nichts gebracht! – Gegenruf der Abg. Elke Ferner [SPD]: Doch! Natürlich!)

hat eine ganze Menge gebracht. Ich bin sehr stolz, daran beteiligt gewesen zu sein. Dass wir heute vielleicht noch mehr brauchen, weil wir erkennen müssen, dass freiwillige Vereinbarungen nicht gereicht haben, habe ich in sechs Minuten deutlich machen können. Ich verstehe nicht, warum Ihnen sechs Minuten nicht reichen, um die Vorstellungen der FDP deutlich zu machen. Das verschlägt mir die Sprache.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe der Kollegin Dr. Barbara Höll, Fraktion Die Linke, das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

(D)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erinnern Sie sich noch, wie Exkanzler Schröder Frauenpolitik als „Gedöns“ bezeichnet hat?

(Michaela Noll [CDU/CSU]: Die Zeiten sind vorbei!)

In einem schönen Ritual diskutieren wir Jahr für Jahr die Gleichberechtigung der Frauen zum 8. März. Frau Ministerin stellte viele Fragen, aber gab keine Antworten. Frau Humme, auch Sie haben Fragen gestellt. Aber Sie sind in der Regierung. Jetzt, kurz vor Ende der Regierungszeit, zu sagen, das und das und das müsste man machen, aber nichts Konkretes vorzulegen, ist ein Armutszeugnis für Sie als sozialdemokratische Frauen.

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei der SPD – Caren Marks [SPD]: Nur weil Sie Ihre Ohren nicht auf Empfang gestellt haben!)

Vielleicht liegt es daran, dass im Gegensatz zu Ihnen Frau Ministerin eben klipp und klar erklärt hat,

(Caren Marks [SPD]: Was hat sie klipp und klar erklärt?)

die **Entgeltungleichheit** in Deutschland interessiere sie nur in Worten, mehr nicht. Frau Ministerin hat hier gesagt, das sei ausschließlich Sache der Tarifparteien. Genau das ist der Konfliktpunkt. Wir müssen uns als Abgeordnete entscheiden, ob wir das einfach so stehen lassen oder ob wir uns einschalten, ob wir Bedingungen dafür schaffen, dass die Tarifparteien tatsächlich zu Gleichbe-

Dr. Barbara Höll

- (A) rechtigung und Entgeltgleichheit finden. Dazu haben wir als Linke Ihnen einen Antrag vorgelegt. Sie brauchen hier nur zuzustimmen, dann haben wir einen Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir bemühen uns, hier gemeinsam ein Gesetz zu verabschieden, welches für Unternehmen und Beschäftigte, Betriebsräte und Tarifvertragsparteien den Rahmen dafür setzt, dass eigene, auf die verschiedenen Berufszweige zugeschnittene, differenzierte Vorgaben gemacht werden, wie die Entgeltgleichheit erreicht werden kann. Dem müssen wir uns stellen. Wir müssen konkret werden. Wir müssen gesetzgeberisch aktiv werden, ohne in die Tarifautonomie einzugreifen. Das möchte ich hier klipp und klar zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Humme, unabhängig davon, ob sich alle Frauen einen Mann wünschen,

(Christel Humme [SPD]: An dieser Stelle einverstanden!)

was ich sehr bezweifle – vielleicht wünscht sich eine Frau mehrere Männer, eine andere Frau wünscht sich eine Frau als Partnerin, oder eine Frau möchte bewusst alleine bleiben –: Frauen wollen schlicht und ergreifend, dass das Grundgesetz nach 60 Jahren tatsächlich vollständig umgesetzt wird. Die 4 Mütter und 57 Väter des Grundgesetzes haben sich mit der Formulierung von Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes etwas gedacht. Sie haben allen weiteren Generationen den Auftrag erteilt:

- (B) Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

Tun wir dies hier gemeinsam, indem wir gesetzgeberische Initiativen ergreifen!

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Frau von der Leyen vorhin erklärt hat, dass wir das europäische Ziel erreicht haben und 67 Prozent der Frauen berufstätig sind, so ist das noch nicht einmal die halbe Wahrheit.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alle in Teilzeit!)

Fakt ist: Das Arbeitsvolumen, welches durch Frauen abgedeckt wird, hat sich nicht geändert.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist zurückgegangen!)

Die Realität ist, dass zwar mehr Frauen arbeiten, aber in Teilzeit bzw. geringfügiger Beschäftigung. Das ist eine Katastrophe, und sie wird hier noch als Sieg und Erfolg verkauft.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte einmal einen Manager zitieren: Bloß weil sich ein paar Frauen um die Balance sorgen, werden wir

doch nicht die Regeln ändern. Wenn sie sich für Karriere entscheiden, werden sie dafür in Stunden bezahlen müssen. – Das ist die Realität. **Teilzeitarbeit** ist oftmals niedrig bezahlt und ist karrierehemmend. Aus einer Teilzeitarbeit kann man sich beruflich kaum weiterentwickeln.

Frauen werden zusätzlich auch noch mit der Hausarbeit belastet; das ist in der Realität leider so. Frauen werden auf diese Art und Weise eigentlich doppelt ausgebeutet. Dagegen muss man etwas tun, wenn man tatsächlich Erfolge erzielen will.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit die Gleichstellung der Geschlechter in der Privatwirtschaft gefördert wird, schlagen wir Ihnen vor, dass wir uns hier gemeinsam darauf verständigen, dass Betriebe verpflichtet werden, einen Maßnahmenplan zur Förderung der Gleichstellung vorzulegen, dass Betriebe und Betriebsräte zu aktiver Gleichstellungspolitik verpflichtet werden, dass Frauen bei Feststellung von Diskriminierung einen Rechtsanspruch auf Einstellung oder Beförderung haben. Wir brauchen ein Verbandsklagerecht für das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz.

Wir brauchen hier also eine Reihe von Maßnahmen. Erst wenn diese umgesetzt werden, wird es so sein, dass Frauen genauso berufstätig wie Männer sein können, wenn sie wollen, und dass sie das gleiche Entgelt erhalten wie Männer. Dazu müssen wir auch einmal darüber nachdenken, warum eine Krippenerzieherin, die einen Großteil der Verantwortung für unsere Kinder übernimmt, im Vergleich zu einem Arbeiter in der Metallbranche so gering eingestuft wird. Das ist doch eigentlich nicht mehr erklärbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen: Hier müssen wir gemeinsam endlich etwas tun und nicht nur Fragen stellen. Wir als Linke werden weiter darauf dringen. Ich hoffe, dass wir gemeinsam etwas zustande bringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Irmingard Schewe-Gerigk, Bündnis 90/Die Grünen.

Irmingard Schewe-Gerigk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, das, was Sie gerade abgeliefert haben, ist schon ein starkes Stück gewesen. Sie haben eine Analyse vorgenommen und dargestellt, wo Probleme bestehen. Als zuständige Ministerin haben Sie dennoch kein Wort darüber verloren, wie Sie das ändern wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Ich möchte einmal einen Satz zitieren:

In bedeutsamen Lebensbereichen hat sich die Situation von Frauen

Irmingard Schewe-Gerigk

(A) – in Deutschland –

verschlechtert. Deutliche Mängel gibt es bei der Antidiskriminierungspolitik. Trotz aller positiven Maßnahmen kämpfen Frauen auf dem Arbeitsmarkt mit erheblichen Benachteiligungen.

Dieses vernichtende Urteil über Ihre **Frauenpolitik**, meine Damen und Herren der Regierungskoalition, stammt nicht von der bössartigen Opposition, sondern ist das Fazit des sechsten UN-Berichts zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen in Deutschland.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Die UN gehen mit Ihnen hart ins Gericht. Sie kritisieren, dass Sie nicht aktiv werden, um die Diskriminierung von Frauen zu beseitigen, dass Sie stattdessen sogar das Prinzip des Gender-Mainstreamings abgeschafft, die entsprechende Abteilung im Ministerium aufgelöst und diesen Begriff aus dem offiziellen Vokabular gestrichen haben.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Es ist doch gerade erklärt worden, warum!)

Englisch ist ja wirklich eine schwierige Sprache, Herr Singhammer. Frau Ministerin, so geht man nicht mit ratifizierten internationalen Verpflichtungen um.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

(B)

Was lesen wir in Ihrer Pressemitteilung dazu? Ich zitiere: Der CEDAW-Ausschuss habe sich mit den Fortschritten der deutschen Gleichstellungspolitik zufrieden gezeigt. – Frau Ministerin, das nenne ich versuchte Volksverdummung oder auch Etikettenschwindel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Im UN-Bericht finden sich 25 Beanstandungen, die meisten zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, zur Lohndiskriminierung, zur Unterrepräsentanz in Führungspositionen. Ich finde schon, dass es eine Unverfrorenheit ist, diesen Bericht heute hier auf die Tagesordnung zu setzen, ohne eine einzige Maßnahme der Regierung dazu vorzulegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Elke Ferner [SPD])

Vier Jahre Große Koalition waren frauenpolitisch eine verlorene Zeit. Kein einziges Gesetz zu Frauenrechten haben Sie eingebracht. Woche für Woche legen Ihnen die Oppositionsfraktionen dazu Anträge vor, die Sie ablehnen, ohne eigene Initiativen zu ergreifen. Sie reagieren nur, wenn Sie das Bundesverfassungsgericht dazu zwingt. Das betrifft in letzter Zeit – das steht auch in den Berichten – die transsexuellen und intersexuellen Menschen. Dazu findet sich kein Wort von Ihnen im Länderreport. Die Rüge der Vereinten Nationen kam postwendend.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP) (C)

Letzten Montag hat es uns EU-Kommissar Spidla gerade wieder einmal schwarz auf weiß vorgelegt: Der **Durchschnittsverdienst von Frauen** in Deutschland liegt fast ein Viertel unter dem der Männer. Damit ist das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen bei uns so groß wie in kaum einem anderen EU-Land. Ich finde, dieser Zustand ist beschämend, und es ist überfällig, dass hier etwas passiert. Zu Recht erwägt Kommissar Spidla gesetzliche Regelungen. Solche Regelungen scheuen Sie ja wie der Teufel das Weihwasser.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf Initiative der Grünen fand im Januar im Frauenausschuss eine Anhörung dazu statt. Unsere Forderungen wurden mehrheitlich bestätigt. Darüber werden wir in der nächsten Sitzungswoche diskutieren; vielleicht haben auch Sie dann einen Antrag dazu.

Frau Ministerin, ich verkenne nicht, dass die von Ihnen umgesetzten Verbesserungen bei der Kinderbetreuung und das Elternzeitgesetz wichtige Maßnahmen sind. Aber Sie verwechseln konsequent Frauenpolitik mit Familienpolitik;

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

manchmal möchte ich sogar sagen: mit Bevölkerungspolitik. Nicht alle Frauen sind Mütter, und sie verdienen trotzdem weniger.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

Darum muss endlich ein gesetzlicher Mindestlohn her. Davon würde jede vierte Frau in Deutschland profitieren.

Wir brauchen endlich auch ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft; da hat die Linke recht. Wir haben das schon vor zwei Jahren gefordert – das ist natürlich abgelehnt worden –; darum unterstützen wir jetzt den Antrag der Linken.

(Beifall der Abg. Dr. Barbara Höll [DIE LINKE])

Es wurde schon gesagt: Die freiwillige Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Arbeitgeberverbänden ist gescheitert. Alles bleibt beim Alten. Die Verantwortung wird hin und her geschoben: von der Wirtschaft zu den Gewerkschaften zur Regierung – und es passiert überhaupt nichts.

Jetzt naht der Wahlkampf. Da erfährt der erstaunte Leser bzw. die erstaunte Leserin, dass die SPD, namentlich Franz Müntefering, nach vier Jahren Untätigkeit die Frauenpolitik zum zentralen Bestandteil des SPD-Wahlkampfes machen möchte.

(Widerspruch der Abg. Christel Humme [SPD])

„Zentraler Bestandteil des Wahlkampfes“, das hört sich zunächst gut an; bei näherer Betrachtung erkennt frau al-

Irmgard Schewe-Gerigk

- (A) lerdings, dass es sich dabei um eine Wundertüte handelt, in der nichts als heiße Luft ist.

(Beifall der Abg. Dr. Barbara Höll [DIE LINKE] –
Caren Marks [SPD]: Von wegen!)

– Ich kann Ihnen das nicht ersparen; es tut mir leid.

(Elke Ferner [SPD]: Man muss sich leider
auch noch mit jemandem einigen!)

Für eine Regierungspartei ist es unseriös, Politik via Pressemitteilungen zu machen.

(Elke Ferner [SPD]: Wir sind nicht die Frauen-
ministerin!)

Ihrem Kollegen Müntefering, der leider nicht da ist, können Sie sagen: „Regieren“ heißt handeln; „regieren“ heißt nicht Pressemitteilungen schreiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können heute unter Beweis stellen, wie ernst es Ihnen damit ist.

Ich komme damit zu dem Antrag der Grünen zur **Quotierung in Aufsichtsräten**. Eine solche Quotierung befürworten Sie. Das haben Sie auch in der Fraktion verabschiedet.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Der CDU ins Stammbuch geschrieben!)

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen: Die Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft sind fest in Männerhand. In den Vorständen der 30 DAX-Unternehmen findet sich immer noch nur gerade mal eine Frau. In den Aufsichtsräten liegt der Frauenanteil so gerade bei 10 Prozent. Ohne die Entsendung von Frauen in die Aufsichtsräte durch die Gewerkschaften – das liegt an der Quotierung nach dem Betriebsverfassungsgesetz – wäre sie nur halb so hoch.

Den Unternehmen – das müssten Sie eigentlich wissen – geht durch diese Männerwirtschaft kreatives Potenzial verloren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Reservate des Patriarchats, wie es ein Kollege von uns einmal ausdrückte, sind nicht zukunftsfähig. Gerade Zukunftsfähigkeit wird in der jetzigen Wirtschaftskrise gebraucht. Ursache der Krise ist nicht nur ein Versagen des Marktes; Ursache ist auch ein Versagen der Manager. – Da nickt auch der Herr Kollege Röttgen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abg. Elke Ferner [SPD])

Wenn wir diese Krise als Chance begreifen wollen, müssen wir endlich Strukturen ändern, nicht nur in den Banken, nicht nur in der Automobilindustrie, sondern gerade auch in den Aufsichtsräten.

Unser Vorbild ist **Norwegen**. Seit 2006 müssen gesetzlich mindestens 40 Prozent der Sitze in Aufsichtsräten von Frauen besetzt sein. Das Gesetz wurde nicht etwa von der Gleichstellungsministerin initiiert, sondern von dem konservativen norwegischen Wirtschaftsminis-

ter Gabrielsen, der in der Bundestagsanhörung alle Zweifel der anwesenden Wirtschaftsvertreter eindeutig zerstreute. Sein Ergebnis: Das Gesetz funktioniert zum Wohle der norwegischen Wirtschaft; kein Unternehmen hat das Land verlassen – bei uns wird ja immer mit der Abwanderungstendenz argumentiert –; es gibt tatsächlich genügend qualifizierte Frauen für die Aufsichtsräte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es spricht also überhaupt nichts dagegen, diese Erfolgsgeschichte als Best Practice – schon wieder ein englisches Wort – für Deutschland zu übernehmen, und zwar in einem zweistufigen Verfahren, wie wir es Ihnen jetzt vorschlagen: Zunächst sollte eine Regelung in den Corporate-Governance-Kodex aufgenommen werden, nach der die Aufsichtsräte deutscher Aktiengesellschaften bis 2012 mindestens zu 40 Prozent mit Frauen zu besetzen sind. Falls dieses Ziel bis dahin nicht freiwillig umgesetzt wird, erfolgt eine gesetzliche Regelung im Aktiengesetz, nach der dies bis 2015 zu erreichen ist. Danach greifen Sanktionen. So hat es uns Norwegen vorgemacht, so können wir es machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit der Beschränkung der Aufsichtsratsmandate auf fünf schaffen wir mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Frauen und durchlöchern ein wenig die Old Boys Networks. Schon die Finanz- und Korruptionsskandale der vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, dass die Aufsichtsräte häufig nicht im Sinne einer effektiven Unternehmenskontrolle funktionieren.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der **Wirtschaftskrise** stellt sich erneut die Frage nach dem Stellenwert von Gleichstellungspolitik. Ist das nur ein Thema für wirtschaftlich gute Zeiten? Ich sage: Nein. Gerade in der Krise ergibt sich die Möglichkeit, überkommene Strukturen und Rollen zu überwinden. Lassen Sie uns doch endlich diese Chance nutzen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine gestern veröffentlichte Umfrage ergab: 50 Prozent der deutschen Bevölkerung trauen den Frauen, aber nur 17 Prozent der deutschen Bevölkerung trauen den Männern eher zu, diese Krise zu meistern. Sie sehen, es ist Zeit für Veränderungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Diskriminierung wegen des Geschlechts ist für eine moderne Gesellschaft beschämend und inakzeptabel. Die Aufgabe einer Regierung ist es nicht, zu lamentieren; ihre Aufgabe ist, zu handeln.

Dabei haben sowohl die Kanzlerin als auch Ministerin von der Leyen offensichtlich Wahrnehmungsprobleme. Während die Kanzlerin behauptet, der CDU-Bundesvorstand sei zur Hälfte mit Frauen besetzt – quasi die Speerspitze der Quotierung –, ergibt ein Nachrechnen, dass es gerade mal ein Viertel ist. Wenn Ministerin von der Leyen als Beleg für ihre gute Arbeit damit prahlt, im Jahr 2008 seien 3 400 Kinder mehr geboren

Irmingard Schewe-Gerigk

- (A) als im Jahr 2007, während einen Tag später das Statistische Bundesamt belegt, von Januar bis Oktober 2008 seien sogar 4 000 Kinder weniger auf die Welt gekommen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, dann fragt man sich schon –

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Frau Kollegin!

Irmingard Schewe-Gerigk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– ich komme zum Schluss –

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ich bitte darum.

Irmingard Schewe-Gerigk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– ob es nur eine Wahrnehmungsstörung ist oder ob es sich um eine gezielte Desinformation handelt. Eine Schelmin, die Böses dabei denkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt kommt der letzte Satz, Frau Präsidentin: Meine Damen und Herren, wir haben in der Frauenpolitik vier Jahre verloren. Es ist an der Zeit, dass dieser Stillstand, diese Blockade überwunden wird. Wir brauchen einen neuen **Gesellschaftsvertrag** auch zwischen den Geschlechtern.

- (B) **Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**
Frau Kollegin!

Irmingard Schewe-Gerigk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wir brauchen eine Politik, die Frauen ernst nimmt.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, Sie müssen jetzt zum Ende kommen. Sie können nicht die Redezeit der Grünen dadurch verlängern, dass Sie meine Mahnungen ignorieren.

Irmingard Schewe-Gerigk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– Ich bin schon beim allerletzten Satz. –

(Zuruf von der CDU/CSU: Wie viele denn noch?)

Wir brauchen wieder eine Frauen- und Gleichstellungspolitik.

Recht herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Das Wort hat der Kollege Johannes Singhammer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Die Speerspitze des deutschen Feminismus!)

Johannes Singhammer (CDU/CSU): (C)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist nicht nur eine Angelegenheit für Frauen; es gibt hier auch eine große Verantwortung für Männer. Ich freue mich, dass bei dieser Debatte von unserer Fraktion die Kollegen fast hälftig vertreten sind, was nicht bei allen Fraktionen im gleichen Umfang der Fall ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wollen die Ungleichheit bei der Entlohnung zwischen Frauen und Männern eibebnen. Hier fangen wir aber nicht bei null an, wie immer wieder mithilfe eines Zerrbildes behauptet wird.

Es ist richtig – Sie haben darauf hingewiesen, Frau Ministerin –: Die Frauenerwerbstätigkeitsquote in Deutschland liegt mit 64 Prozent weit über dem, was als Ziel von der Europäischen Union angestrebt wird. Das hat natürlich auch seinen Grund darin, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als eines der zentralen Anliegen in den vergangenen Jahren entscheidend vorgebracht worden ist:

(Elke Ferner [SPD]: Trotz der CSU, Herr Singhammer, trotz Ihnen! – Christel Humme [SPD]: Sie hätten eben zuhören müssen!)

mit dem Elterngeld und mit dem Ausbau der Kinderbetreuung. Das sind Fakten, die nicht geleugnet werden können. Vielen Dank, Frau Ministerin.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich sage aber auch: Das reicht noch nicht. Natürlich ist **Lohndiskriminierung** nach nationalem und europäischem Recht ausgeschlossen. Es ist eindeutig unzulässig. (D)

(Elke Ferner [SPD]: Trotzdem passiert es!)

Die Problematik liegt aber im versteckten Bereich. Die versteckten Ursachen sind das, was wir gemeinsam beklagen. Selbstverständlich müssen wir diese Ursachen benennen. Das ist kein Ausweichen. Wir haben auch Lösungen. Lassen Sie mich drei benennen.

(Zuruf der Abg. Ina Lenke [FDP])

– Sofort, Frau Lenke. Ich komme gleich darauf zu sprechen.

Zum einen haben Frauen nach wie vor oft ein bestimmtes Berufsbild,

(Elke Ferner [SPD]: Männer auch!)

einen sogenannten typischen Frauenberuf im sozialen Bereich, der schlechter bezahlt wird, obwohl es sich um sehr wichtige und hochqualifizierte Tätigkeiten handelt. Wir müssen erreichen, dass diese Tätigkeiten besser bezahlt und höher angesehen werden. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Was machen Sie dafür? Nichts!)

Zum Zweiten geht es um die hier schon oft beschworene **Teilzeitquote**. Ja, sie gibt es, aber eine höhere Teil-

Johannes Singhammer

- (A) zeitquote ist doch als solche nichts Schlechtes. Viele Frauen wollen ja maßgeschneiderte Teilzeitangebote.

(Widerspruch bei der SPD)

Wir haben das im Zusammenhang mit der Familienpolitik des Öfteren diskutiert. Der EU-Kommissar Spidla, der von Ihnen, Frau Schewe-Gerigk, zitiert worden ist, hat gerade erst seine Kritik, die er in Bezug auf die Teilzeitquote in Deutschland geäußert hat, zurückgenommen. In einem Teil der Medien war beispielsweise gestern zu lesen:

... Vladimir Spidla hat seine Aussagen über eine Vertiefung des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen in Deutschland zurückgenommen.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das liegt daran, dass die andere Statistiken genommen haben!)

Wir wollen, dass es die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit gibt. Die meisten Frauen wollen das auch.

(Elke Ferner [SPD]: Stimmt doch nicht!)

Wir wollen aber nicht, dass sich Teilzeitarbeit als Hindernis herausstellt, um in Führungspositionen zu gelangen. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb müssen wir uns um ein wesentlich besseres Verhältnis von Führungspositionen zur Teilzeit kümmern.

- (B) (Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Die Männer wissen, was die Frauen wollen!)

Zum Dritten freue mich ich allerdings auch, dass die Bundesregierung in Bezug auf die Gleichstellung mit gutem Beispiel vorangeht. Wir haben eine Bundeskanzlerin

(Elke Ferner [SPD]: In Teilzeit?)

– nicht in Teilzeit –,

(Caren Marks [SPD]: Sie taucht so ab wie in Teilzeit!)

und 6 von 14 Ministern sind Ministerinnen. Ich sage aber auch, dass bezüglich der **Führungspositionen** im öffentlichen Dienst noch nicht alles zum Besten steht bzw. es nicht so ist, wie wir es uns vorstellen.

(Elke Ferner [SPD]: Aber besser als in der Privatwirtschaft!)

Wir wollen, dass der Frauenanteil in Führungspositionen im öffentlichen Dienst, weil ihm in vielen Bereichen eine Pilotfunktion zukommt, eindeutig verbessert wird.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Singhammer, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Dückert?

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Ja, bitte schön.

Dr. Thea Dückert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Herr Kollege Singhammer, Sie haben gerade darauf hingewiesen, dass die Regierung bei der Frage „Frauen in Führungspositionen“ vorbildlich vorgehe. Ich möchte Sie fragen, wie Sie vor dem Hintergrund dieser Einschätzung die Entscheidung vom gestrigen Tag bewerten, dass die Regierung einen **Lenkungsrat** zur Beurteilung des 100-Milliarden-Euro-Rettungspaketes für die Wirtschaft eingesetzt hat, der aus acht älteren Herren besteht. Diese haben sich in der Wirtschaft sicherlich in der Vergangenheit hervorgetan, aber sie gehören zugleich auch zu dem Herrenklub, der dazu beigetragen hat, dass wir im Bereich „Finanzen und Wirtschaft“ in allerlei Turbulenzen geraten sind. Es handelt sich unter anderem um folgende Herren: den früheren BDI-Präsidenten Michael Rogowski,

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört! Hört!)

den Chef der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Hubertus Schmoldt, den früheren Wirtschaftsstaatssekretär Alfred Tacke, den Bonner Ökonomen Martin Hellwig. Man merke auf: Ein Wissenschaftler ist dabei, der sich mit der Bewertung beschäftigt.

Alles zusammengenommen und insbesondere an den Entscheidungen aus jüngster Zeit wird also, wie ich finde, deutlich, dass Sie uns nicht helfen, Frauen in wichtige, leitende Positionen zu bringen, wodurch die Wirtschaft vorangebracht werden könnte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN) (D)

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Frau Kollegin Dückert, Sie können davon ausgehen, dass letztendlich die Bundesregierung die entscheidenden Weichenstellungen vornimmt, auch und gerade in den von Ihnen genannten Fragen der Kredit- und Bürgschaftsvergabe. Die Bundesregierung selber ist, wie ich schon gesagt habe, vorbildlich besetzt; der Frauenanteil beträgt fast 50 Prozent. Sie können davon ausgehen, dass im Gremium Bundesregierung auch die entsprechenden guten Entscheidungen mit hälftiger Beteiligung von Frauen getroffen werden.

Lassen Sie mich noch eines sagen: Die Union hat einen Beschluss gefasst, der zehn wichtige Schritte dazu enthält, was noch zu tun ist.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann legen Sie die doch nächste Woche vor!)

Diese werden wir auch umsetzen. Wir bleiben nicht stehen, sondern gehen Stück für Stück voran.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Wo denn?)

Ich sage aber auch: Wenn man vorangeht, muss man in die richtige Richtung gehen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wohin denn? – Elke Ferner [SPD]: Mit Volldampf zurück!)

Johannes Singhammer

- (A) Weil Sie von den Linken sich hier immer als Wortführer des richtigen Wegs darstellen, möchte ich zu Ihrem Antrag Folgendes sagen: Sie haben in Ihrem Antrag die Forderung formuliert, es müssten in allen Lohngruppen hälftig Frauen und Männer vertreten sein.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! – Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eigentlich müssten 51 Prozent Frauen sein!)

Das heißt also, Sie müssten eine Quote für alle Berufszweige, vom Facharbeiter bis hin zur Hebamme, einführen. Wenn das dann auch noch per Gesetz überwacht werden soll, erfordert das ein neues Höchstmaß an Bürokratie, eine Monstertbürokratie.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Nun mögen einige von Ihnen durchaus einen großen Gefallen daran finden. Ich sage Ihnen: Eine solche Monstertbürokratie führt Frauen überhaupt nicht weiter. Wir wollen sie nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Sie wollen überhaupt nicht weiter, genau!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort zu einer Kurzintervention gebe ich der Kollegin Kerstin Griese.

Kerstin Griese (SPD):

- (B) Herr Kollege Singhammer, Sie haben mir keine Gelegenheit zu einer Zwischenfrage gegeben, sonst hätte ich gefragt, wann Sie über das CEDAW-Abkommen, das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen, sprechen wollen, das hier Thema ist.

Ich will oder muss diese Kurzintervention allerdings nutzen, um etwas klarzustellen, weil geschäftsordnungstechnisch eine Kurzintervention auf die Antwort zu einer Kurzintervention nicht möglich ist. Die Frau Ministerin hat vorhin in ihrer Antwort den Eindruck erweckt, als sei die deutsche Übersetzung der abschließenden Bemerkungen des Ausschusses zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau dem Ausschuss zugegangen, indem sie gesagt hat, die Übersetzung liege auf meinem Schreibtisch. Das ist nicht so.

(Zuruf von der SPD: Ein starkes Stück!)

Diese Bemerkungen sind zwar in der vorläufigen Fassung der Koalitionskoordinierung zugegangen. Das ist schön; trotzdem bestehe ich als Ausschussvorsitzende darauf, dass sie auch dem Parlament zugehen. Ich glaube nicht, dass etwas Geheimes darin enthalten ist. Im Gegenteil, sie könnten uns in unserer Frauen- und Gleichstellungspolitik weiterhelfen. Ich bitte also ausdrücklich um die Weiterleitung, und ich bitte Sie als Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, ebenfalls darauf zu achten, dass das weitergegeben wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege Singhammer.

(C)

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist unangenehm, Herr Kollege Singhammer, oder?)

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Das ist nicht unangenehm. Wir geben alles weiter, was notwendig und wichtig ist. Hier den Eindruck zu erwecken, es würden irgendwelche Unterlagen zurückgehalten, ist von vornherein falsch.

(Caren Marks [SPD]: Natürlich ist das so!)

– Nein, das ist nicht so.

Was Ihr Unwohlsein – nicht das Ihre, Frau Kollegin Griese, aber das der Grünen – hervorgerufen hat, war, dass die Ministerin die englische Bezeichnung Gender-Mainstreaming nicht mehr verwendet.

(Christel Riemann-Hanewinkel [SPD]: Das hat mit dem Begriff nichts zu tun!)

Da kann ich nur sagen: Das ist völlig richtig; denn mit Ausnahme der politischen Klasse, die sich damit beschäftigt, verstehen nur relativ wenige, was sich hinter dieser Begrifflichkeit verbirgt.

(Widerspruch bei der SPD)

Deshalb bin ich der Meinung, dass das richtig ist und dass es keinen Anlass zur Kritik gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Sibylle Laurischk, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Sibylle Laurischk (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon interessant, zu beobachten, wie die Koalitionsfraktionen sich hier in die Wolle bekommen.

(Christel Riemann-Hanewinkel [SPD]: Das ist manchmal nötig!)

Der Wahlkampf beginnt offensichtlich. Ich denke aber, dass Frauenpolitik, Gleichstellung von Frauen und der CEDAW-Bericht ein zu ernstes Thema sind, als dass wir uns nur in den Niederungen der Parteipolitik bewegen sollten. Wichtiger wäre, die Sachfragen zu klären.

(Christel Humme [SPD]: Das eine schließt das andere nicht aus!)

Eine Tatsache, die ich hier anmerken möchte, ist, dass es unter den 24 beamteten Staatssekretären der Bundesregierung nur eine einzige Frau gibt, und das auch erst seit Ende 2008. Immerhin; vielleicht ist das ja ein Anfang.

Aufgrund des Berichts, den uns die Frau Ministerin hier vorgelegt hat, haben wir feststellen können, dass noch viel zu tun bleibt. Mit der Forderung nach der Besetzung von 40 Prozent der **Aufsichtsratsmandate**

Sibylle Laurischk

- (A) durch Frauen wird sicherlich nichts zu bewegen sein. Wir wollen keine Eingriffe in die Wirtschaft. Aber wir haben durchaus den Wunsch, dass die Wirtschaft dieses Manko beseitigt und mehr Frauen Wirtschaftsverantwortung überträgt. Meiner Ansicht nach werden sich dann solche Fiaskos wie die Wirtschaftskrise, die wir derzeit erleben, nicht so krass entwickeln, da nach meinem Dafürhalten durch den Sachverstand der Frauen die Risiken eher erkannt würden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Auch die Forderung nach einem Feiertag ausschließlich für Frauen scheint mir wenig zielführend zu sein. Dies würde eine weitere finanzielle Belastung bedeuten, wodurch möglicherweise Arbeitsplätze gefährdet wären. Das ist also ein völlig falscher Ansatz.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im CEDAW-Bericht sind interessanterweise zwei Abschnitte enthalten, die nach meinem Dafürhalten hier bisher zu wenig Beachtung gefunden haben, nämlich das Thema „Gewalt gegen Frauen“ und das Stichwort „verletzliche Frauengruppen“. Frau Ministerin, hierzu habe ich von Ihnen nichts gehört.

(Ina Lenke [FDP]: Ja!)

Ich bin der Meinung, dass Sie bei diesen ganz spezifischen Frauenfragen Ihre Aufgabe nicht erfüllen. Sie müssen nicht nur in Fragen des Elterngeldes, bei denen Sie sich zweifellos profiliert haben, sondern auch in diesen Fragen sensibel sein. Dazu gehört die Frage: Wie sieht es aus mit häuslicher Gewalt gegen Frauen?

(B)

Frauen sind nach wie vor von **häuslicher Gewalt** betroffen, und zwar in einem Ausmaß, das in der Öffentlichkeit immer noch nicht ausreichend bekannt ist. Wenn Sie, Frau Humme, der Meinung sind, die FDP habe keine Vorschläge gemacht, wie das Thema „häusliche Gewalt“ zu behandeln sei,

(Ina Lenke [FDP]: Das ist unverschämt!)

dann muss ich Ihnen schon sagen, dass Sie die Debatte nicht kennen. Es ist möglich, dass Sie nach Ihrem Ausscheiden aus dem Familienausschuss dieses Feld nicht mehr überblicken.

(Ina Lenke [FDP]: Ja!)

Wir haben einen Antrag gestellt, in dem wir die Bundesregierung auffordern, über die Finanzierung von **Frauenhäusern** Auskunft zu geben. Wir haben sehr dezidiert die Punkte aufgelistet, über die wir etwas erfahren wollen. Die Bundesregierung hatte bis Ende 2008 Zeit, zu reagieren; sie hat aber einen solchen Bericht bisher nicht vorgelegt. Die im CEDAW-Bericht angesprochene Problematik haben wir schon in unserem Antrag, den wir lange vor der Veröffentlichung des CEDAW-Berichts gestellt haben, behandelt. Wir verlangen, dass die Bundesregierung Schritte zur Veränderung dieser Situation einleitet.

Die Bundesregierung muss sich mit der Finanzierung von Frauenhäusern, von Schutzräumen befassen und hier klare Signale an die Länder senden, damit dieses

Thema auf Bundes-, auf Landes- und auf kommunaler Ebene breit diskutiert wird; das fordert auch die UN. Wir dürfen uns nicht in der Fragestellung verlieren, ob dieses Thema verfassungsrechtlich in der Kompetenz des Bundes liegt; denn das Thema geht die gesamte Gesellschaft dieses Landes an. Es ist auch ein Thema für die Bundesregierung, die sich ihm bislang zu wenig gewidmet hat. Die FDP hat hier klare Forderungen gestellt, die wir weiter verfolgen werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Caren Marks, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Caren Marks (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Herren und Damen! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Alle Jahre wieder im März steht die Gleichstellungspolitik im Parlament im Mittelpunkt. Der Internationale Frauentag steht vor der Tür. Aus diesem Anlass bedanke ich mich zunächst einmal ganz herzlich bei allen, die sich für eine bessere Gleichstellungspolitik starkmachen. Danke, liebe Mitstreiterinnen vom DGB, vom Deutschen Juristinnenbund, vom Frauenrat und vielen anderen Organisationen.

In diesem Jahr debattieren wir hier und heute über den Sechsten Bericht der Bundesrepublik Deutschland zu CEDAW, das wichtigste internationale Menschenrechtsinstrument für Frauen. Auf den ersten Blick sieht alles prächtig aus. Wer sich nur über das Ministerium informiert, erfährt:

CEDAW-Ausschuss der Vereinten Nationen zufrieden mit den Fortschritten der deutschen Gleichstellungspolitik

Die heutige Debatte hat aber gezeigt, dass das deutlich zu kurz gesprungen ist.

(Beifall bei der SPD)

Gleichstellungspolitik ist weit mehr als Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Herr Singhammer; denn Frauen sind nicht nur Mütter.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das sieht im Übrigen auch der CEDAW-Ausschuss so und mahnt unter anderem Verbesserungen bei der **Entgeltgleichheit** an. Die SPD nimmt diese Kritik ernst. Deshalb wollen wir gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Lohnunterschiede von 23 Prozent zwischen Männern und Frauen sind in der Tat ein Skandal. Es ist an der Zeit, dass wir die rote Laterne, die wir damit innerhalb der EU haben, endlich abgeben. Frauen verdienen mehr!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Caren Marks

- (A) Wir wollen eine gerechte Bezahlung von Frauen. Es muss endlich Schluss damit sein, dass der männliche Lagerarbeiter mehr verdient als die Kassiererin in einem Supermarkt. Weil die Appelle für freiwillige Lösungen kein Gehör finden, setzen wir von der SPD jetzt auf gesetzliche Regelungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen mehr Frauen in **Führungspositionen**; denn schließlich haben Männer in den Chefetagen der Banken diese Finanz- und Wirtschaftskrise zu verantworten. Mehr Frauen in Chieffesseln! – Das ist eine der wichtigsten Lehren, die aus dieser Krise gezogen werden müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dabei denke ich nicht nur an die weiblichen Spitzenkräfte. Frauen in Führungspositionen verbessern die Chancen für alle anderen Frauen im Betrieb. Davon profitieren alle Frauen. Davon profitiert aber auch die gesamte Wirtschaft. Der norwegische Wirtschaftsminister Andersen sagt, dass die Wirtschaft viel versäume, wenn sie die Ressourcen der weiblichen Leitungen und Vorstandsmitglieder nicht ausschöpft. Unsere CSU-Wirtschaftsminister sagen dazu – nichts. Wir sagen dazu: Quote tut gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stimmt doch unserem Antrag zu! – Gegenruf der Abg. Elke Ferner [SPD]: Würden wir ja gerne!)

(B)

Unsere Familienministerin hat Norwegen ebenfalls als großes Vorbild entdeckt, allerdings in einem ganz anderen Zusammenhang, nämlich beim Access-Blocking. Ich wundere mich schon ein wenig darüber, wie locker Ihnen, Frau Ministerin, dieses Wort über die Lippen kommt; denn beim Begriff Gender-Mainstreaming ist das völlig anders.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das wird, so die Ministerin, angeblich nicht verstanden. Das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, verstehe wer will.

Der CEDAW-Ausschuss kritisiert zu Recht, dass das deutsche Frauenministerium die internationale **Gender-Mainstreaming-Strategie** nicht umsetzt. Hier geht es nicht um den Begriff; hier geht es um eine Strategie, Frau Ministerin.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nehmen Sie diese Kritik an und ernst! Sorgen Sie für eine Politik, von der Frauen und Männer gleichermaßen profitieren! Sorgen Sie endlich wieder für Gender-Mainstreaming!

Wofür steht die SPD in der Gleichstellungspolitik? Wir wollen gute Arbeit für Frauen, das heißt: gleiche Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer, faire Mindestlöhne und Wege raus aus der Falle ungeschützter und ge-

ringfügiger Beschäftigung. Wir wollen eine anständige Absicherung von Frauen in der Sozialversicherung, die Beachtung der Bedürfnisse von Mädchen und Frauen im Gesundheitssektor und eine wirksame und umfassende Strategie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Wir wollen keine Diskriminierungen von lesbischen Frauen oder inter- und transsexuellen Menschen.

(C)

Gegen erhebliche Widerstände haben wir das **Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz** durchgesetzt. Mittlerweile wissen alle: Gefahr für die Wirtschaft droht nicht vom AGG, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Union, sondern vielmehr von den überwiegend männlichen Chefetagen der Banken. Der CEDAW-Ausschuss lobt das AGG. Es wirkt. Das zeigen uns auch erfreuliche Gerichtsurteile aus jüngster Zeit. Die Durchschlagkraft der Antidiskriminierungsstelle lässt aber zu wünschen übrig. Hier müssen wir nacharbeiten. Darum wollen wir von der SPD das AGG zu einem präziseren und schärferen Schwert gegen Diskriminierung weiterentwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, mit dem Beschluss des 10-Punkte-Plans „Jetzt sind Frauen dran“ hat die SPD-Bundestagsfraktion vorgelegt. Er enthält im Gegensatz zum Beschlüssen der Union wirklich konkrete und zielführende Verbesserungen für Frauen im Erwerbsleben. Unser Koalitionspartner setzt auf freiwillige Vereinbarungen, Empfehlungen und besseres Berichtswesen.

(Elke Ferner [SPD]: Appelle!)

(D)

Wir von der SPD dagegen wollen rechtlich verbindliche Regelungen und damit eine Gleichstellungspolitik, die diesen Namen verdient.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns gemeinsam Nägel mit Köpfen machen, damit Frauen endlich das bekommen, was sie verdienen: mehr Lohn, mehr Rechte, mehr Verantwortung, eine bessere Gleichstellungspolitik.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Kirsten Tackmann, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und insbesondere liebe Kollegen! Liebe Gäste! Es ist hier schon mehrfach gesagt worden: Der CEDAW-Ausschuss zeigt sich zufrieden mit den Fortschritten der deutschen Gleichstellungspolitik. Nein, das ist nicht meine Einschätzung; das stand in der schon zitierten Presseerklärung aus dem Hause von der Leyen. Sie bezog sich auf den Sechsten Staatenbericht zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, kurz CEDAW genannt, den die

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) Bundesregierung kürzlich im Vertragsausschuss der Vereinten Nationen in Genf vorgestellt hat.

Die Presseerklärung hat nicht nur mich erstaunt. Teilnehmerinnen der 20-köpfigen Frauendelegation berichteten, dass in Genf sehr deutlich Kritik am Regierungsbericht geübt wurde, und zwar nicht nur von den deutschen Nichtregierungsorganisationen, sondern auch vom CEDAW-Ausschuss selbst. Der Deutsche Juristinnenbund berichtete zum Beispiel Folgendes: Im Ausschuss wurde gefragt, ob durch die deutsche Rechtspolitik ungewollt falsche Anreize gesetzt werden, die Rollenstereotype verfestigen und damit zur Diskriminierung von Frauen führen. Als Beispiele wurden auch genannt: erstens die Bedarfsgemeinschaftsregelung bei Hartz IV, zweitens die Anhebung des Rentenalters und drittens das Ehegattensplitting. – Was im CEDAW-Ausschuss freundlich als Frage formuliert wurde, kann ich ganz klar beantworten: Ja, die Große Koalition setzt falsche Anreize, und zwar gewollt, und ja, sie verfestigt Rollenstereotype, die zur Diskriminierung von Frauen führen.

(Beifall bei der LINKEN)

Außerdem wurden Anträge meiner Fraktion abgelehnt, die genau diese drei im CEDAW-Ausschuss kritisierten Anreize korrigiert hätten. Wir haben erstens die Aufhebung der **Bedarfsgemeinschaft** bei Hartz IV gefordert, weil jede und jeder einen eigenen Anspruch auf einen Regelsatz haben soll.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Zweitens haben wir die Rücknahme der **Rente ab 67** gefordert, weil diese Regelung gerade Frauen besonders hart trifft.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens haben wir die Streichung des **Ehegattensplittings** und stattdessen Individualbesteuerung gefordert. – Alles wurde abgelehnt,

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Ja, weil es richtig ist!)

und zwar in Kenntnis der gleichstellungspolitischen Folgen.

Noch viel mehr Kritik steht im Alternativbericht zur UN-Frauenkonvention CEDAW, den uns Abgeordneten im vergangenen Dezember 28 Frauenorganisationen vorgelegt haben, gemeinsam mit einem alarmierenden Bericht zur Situation inter- sowie transsexueller Menschen in unserem Land. Dieser engagierten Arbeit ist es zu verdanken, dass die real existierenden Mängel der bundesdeutschen Gleichstellungspolitik und Frauenpolitik deutlich benannt wurden. Alle diese Berichte widersprechen dem allzu selbstgefälligen Bericht der Bundesregierung in ganz wesentlichen Punkten. Aber Kritik nutzt nur, wenn sie gehört wird. Deshalb sehe ich diese Alternativberichte als Hausaufgaben für das Parlament und uns Abgeordnete. Wir müssen erzwingen, dass die Bundesregierung die UN-Frauenkonvention endlich erlebbar durchsetzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen quasi einen gleichstellungspolitischen roten oder lila Faden in das Regierungshandeln einweben. Die Linke hat und wird ihren Beitrag dazu leisten. Gerade haben wir zum Beispiel die Forderungen aus dem Schattenbericht der Bundesregierung als Kleine Anfragen vorgelegt. Wir fragen, ob, wann und in welcher Form sie diese umsetzen will. Ich denke, auf die Antworten warten nicht nur wir. (C)

Ich gehe davon aus, dass es einen fraktionsübergreifenden Willen gibt, endlich konkrete Beiträge zu einem frauenpolitischen Aufbruch zu leisten. Damit können wir heute beginnen. Wir können heute von dieser Bundestagsitzung aus ein klar erkennbares Zeichen senden: Lassen Sie uns den Internationalen Frauentag am 8. März zum gesetzlichen Feiertag machen.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der CDU/CSU: Oh Gott!)

Stimmen Sie unserem Antrag in diesem Hohen Hause heute zu.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort der Kollegin Michaela Noll, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michaela Noll (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte jetzt ungefähr eine Dreiviertelstunde lang die Gelegenheit, zuzuhören. Ich muss sagen: Ich finde es schade. In einer Stunde haben wir die Möglichkeit, einen Festakt zu begehen: 60 Jahre Art. 3 Grundgesetz. Ich meine, das ist ein Festakt, den wir wirklich begehen und feiern sollten, genauso wie den Festakt „90 Jahre Frauenwahlrecht“. Diese beiden Ereignisse sind Meilensteine für die politische und gesellschaftliche Partizipation von Frauen gewesen. Deswegen bin ich der Meinung, dass diese Debatte in falsche Bahnen läuft. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU – Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was soll das denn heißen? Sie müssen sich unsere Kritik schon anhören!)

Mittlerweile gibt es **CEDAW** seit fast 30 Jahren. Würde ich Sie fragen, was genau CEDAW ist, könnten mir aber bedauerlicherweise viele von Ihnen keine Antwort geben, natürlich mit Ausnahme unserer Fachpolitiker.

(Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man kann dazu auch „UN-Ausschuss gegen die Diskriminierung von Frauen“ sagen!)

CEDAW ist ein Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen. Was das Gezeter, warum CEDAW in der Öffentlichkeit nicht so präsent ist, betrifft, muss ich ganz ehrlich sagen: Sowohl Sie als auch wir waren oder sind an

Michaela Noll

- (A) der Regierung. Wir alle müssen dieses Thema mehr als bisher in die Öffentlichkeit transportieren.

(Caren Marks [SPD]: Das sollten Sie einmal Ihrer Familienministerin von der Leyen sagen!)

– Die Ministerin äußert sich auf der Homepage des Bundesfamilienministeriums zu diesem Thema, und weitere Informationen sind auf der Homepage des Auswärtigen Amtes zu finden. Außerdem gibt es entsprechende Broschüren.

(Caren Marks [SPD]: Vielleicht kann sie ja das nächste Mal, wenn sie bei „Wetten, dass ...?“ ist, etwas dazu sagen!)

Dennoch gibt es Informationslücken. Wenn wir wirklich wollen, dass CEDAW ein Meilenstein wird, müssen wir alle dieses Thema mehr als bisher in die Öffentlichkeit tragen. Hier sind alle Politiker gefordert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

– Das gilt auch für Frau Kollegin Marks. Wie ich sehe, sind Sie gerade sehr damit beschäftigt, sich mit Ihrer Kollegin zu unterhalten.

(Iris Gleicke [SPD]: Wir sind nun einmal eine muntere Fraktion! So etwas kennen Sie wohl gar nicht!)

- (B) Frau Kollegin Riemann-Hanewinckel, Sie haben in Ihrer Kurzintervention unsere Ministerin angegriffen und behauptet, sie habe ein Problem mit dem Begriff „Gender-Mainstreaming“. Ich sage Ihnen: Sie hat damit kein Problem. Weil die ehemalige Bundesfamilienministerin Frau Renate Schmidt noch im Saal ist, bitte ich sie, zu bestätigen, dass sie in der ersten Sitzung der letzten Legislaturperiode an den gesamten Familienausschuss appelliert hat, einen praktikableren Begriff zu finden.

(Abg. Christel Riemann-Hanewinckel [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Sie hat in dieser Sitzung auch angekündigt, dieses Bemühen mit einem Geschenk zu verbinden.

(Caren Marks [SPD]: Das war eine Einzelmeinung! – Gegenruf des Abg. Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Wie bitte? Das meinen Sie doch wohl nicht ernst!)

– Das war keine Einzelmeinung. Dieser Appell hat die Zustimmung des gesamten Ausschusses gefunden. Malen Sie die Dinge bitte nicht schwärzer, als sie in Wirklichkeit sind!

(Beifall bei der CDU/CSU – Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit dem, was Sie da sagen, diskriminieren Sie den Frauenausschuss!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Riemann-Hanewinckel?

Michaela Noll (CDU/CSU):
Ja.

(C)

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn das so ist, möchte ich gleich auch eine Frage stellen! So geht das nämlich nicht!)

Christel Riemann-Hanewinckel (SPD):
Frau Kollegin Noll, ich habe zwei Fragen an Sie.

Meine erste Frage: Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass der Staatenbericht, der in der letzten Legislaturperiode, vor knapp fünf Jahren, an den CEDAW-Ausschuss nach New York geschickt worden ist – ich war damals dafür verantwortlich –, erstmalig an dieses Hohe Haus überwiesen worden ist, damit er hierzulande nicht nur bekannt, sondern auch debattiert wird?

Meine zweite Frage: Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass der CEDAW-Ausschuss kritisiert hat – es geht nicht um die Begrifflichkeiten –, dass die Strategie des Gender-Mainstreaming und des Gender-Budgeting aufgrund der Formulierung abhanden gekommen ist?

(Caren Marks [SPD]: Eben! Darum geht es!)

Haben Sie diesen Hauptkritikpunkt zur Kenntnis genommen? Das kommt im Bericht, in den abschließenden Bemerkungen des Ausschusses, ziemlich deutlich zum Ausdruck. Man kann das im Zweifel auch im Protokoll der Ausschusssitzung nachlesen.

Michaela Noll (CDU/CSU):

Ich habe das zur Kenntnis genommen. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass CEDAW vielen Bürgern nach wie vor nicht präsent ist. Sie können mit diesem Begriff und mit dem Übereinkommen nichts anfangen.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen ja nicht CEDAW sagen! Es geht auch anders! – Weiterer Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und was tut die Regierung dagegen?)

– Das hat nichts mit dem Regierungshandeln zu tun. Um tatsächliche Gleichstellung zu gewährleisten, müssen wir für einen Wandel in den Köpfen sorgen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Iris Gleicke [SPD]: Am besten fangen Sie in Ihrer eigenen Fraktion an! – Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Mit festen Begriffen werden wir nichts erreichen. Wir werden auch nichts erreichen, wenn wir in unserer Gesellschaft eine Diskussion nach dem Motto „Mann gegen Frau“ starten. Wir können nur gemeinsam erfolgreich sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich bin froh, dass meine Fraktion in dieser Debatte zumindest einen männlichen Redner gestellt hat. Bei Ihnen ist das nämlich nicht der Fall.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gut, dass Sie die CSU haben!)

(A) **Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**
Frau Kollegin Noll, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, diesmal von der Kollegin Haßelmann?

Michaela Noll (CDU/CSU):

Wenn sie nicht so lange dauert, ja. Um 13 Uhr findet bei uns nämlich ein Festakt statt. – Bitte.

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Liebe Kollegin Michaela Noll, Sie haben in Ihrem Redebeitrag gerade den Eindruck erweckt, dass wir uns im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu Beginn dieser Legislaturperiode einvernehmlich verständigt haben, von Gender-Mainstreaming Abstand zu nehmen.

Michaela Noll (CDU/CSU):

Nein.

(Caren Marks [SPD]: Doch! Das haben Sie angedeutet!)

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich möchte Sie bitten, uns zu sagen, auf welche Ausschusssitzung Sie sich beziehen. Ich bin in diesem Ausschuss die Obfrau der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Meiner Erinnerung nach habe ich während der gesamten Legislaturperiode an nur zwei Sitzungen nicht teilgenommen. Ich kann mich nicht erinnern, dass sich dieser Ausschuss im Einvernehmen mit dem Bündnis 90/Die Grünen von der Strategie des Gender-Mainstreaming distanziert hat. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass es dort ein Einvernehmen gegeben hätte, die Ministerin zu beauftragen, eine neue Begrifflichkeit für das, was mit Gender-Mainstreaming gemeint ist, zu suchen.

Michaela Noll (CDU/CSU):

Sehr geehrte Kollegin, ich muss Ihnen leider sagen: Sie haben mir anscheinend nicht richtig zugehört. Ich habe nicht von dieser Legislaturperiode gesprochen, sondern von der letzten;

(Angelika Graf [Rosenheim] [SPD]: Auch da gab es keinen solchen Beschluss!)

da waren Sie noch nicht dabei.

Es wäre eigentlich nett, wenn die ehemalige Bundesfamilienministerin – sie ist ja zugegen – bestätigen würde, dass sie diesen Appell in der ersten Sitzung gestartet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, jetzt würde gerne die frühere Familienministerin eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie das zu?

Michaela Noll (CDU/CSU):

Natürlich.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Bitte schön.

Renate Schmidt (Nürnberg) (SPD):

Kollegin Noll, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass ich ein Preisgeld – das ich niemals zahlen musste – dafür ausgesetzt habe, einen Begriff zu finden, den auch eine Verkäuferin bei Karstadt versteht?

(Caren Marks [SPD]: Eben!)

Würden Sie aber auch zur Kenntnis nehmen, dass ich niemals gesagt habe, dass wir uns von dieser Strategie verabschieden sollten? Es ging lediglich darum, einen anderen Begriff für denselben Inhalt zu finden. Zu diesem Inhalt stehe ich noch heute uneingeschränkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Michaela Noll (CDU/CSU):

Sehr geehrte Kollegin Schmidt, ich habe nur in den Raum gestellt, dass Sie in der letzten Legislaturperiode diesen Preis ausgelobt haben; das war das, was ich gesagt habe, und das haben Sie mir mit Ihrer Bemerkung bestätigt.

(Elke Ferner [SPD]: Nein! Sie haben gesagt, der Ausschuss habe beschlossen, davon Abstand zu nehmen!)

– Ich würde jetzt gerne weitermachen; ich habe nur noch zwei Minuten.

Es wäre nett, wenn in der Diskussion, die wir hier führen, einmal anerkannt würde, wie viel in **Deutschland** bereits für Frauen gemacht wurde. So sind viel mehr Frauen am politischen und öffentlichen Leben beteiligt. Es ist übrigens die Union, die zum ersten Mal eine Frau an die Spitze der Regierung gestellt hat. Es ist die Regierung, die sechs Ministerinnen Bundespolitik gestalten lässt. Dieser Umstand – auch wenn es manchen schwerfällt, das anzuerkennen – ist in dem CEDAW-Bericht ausdrücklich gewürdigt worden. Und nicht nur auf Bundesebene, auch auf kommunaler Ebene beteiligen sich immer mehr Frauen. Ich kann das nur bestätigen.

(Caren Marks [SPD]: Man kann alles schönreden!)

– Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen ist. Ich jedenfalls stelle fest: In Nordrhein-Westfalen, wo es auf die Kommunalwahl zugeht, gehen immer mehr Frauen in die erste Reihe und kandidieren für das Amt der Bürgermeisterin.

(Caren Marks [SPD]: Bei uns in der Fraktion sind mehr Frauen als bei Ihnen!)

Was erreichen wir damit? Frauen werden sichtbarer, auf allen politischen Ebenen. Die Ministerin unterstützt das mit ihrer Kampagne „FRAUEN MACHT KOMMUNE“; sie macht Frauen Mut, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Christel Humme [SPD])

Michaela Noll

- (A) Ich hätte gerne noch etwas zu Frau Laurischk gesagt. Frau Laurischk, **Gewalt gegen Frauen** ist in der Tat ein Thema. Übrigens ist im CEDAW-Bericht auch der zweite Aktionsplan der Bundesregierung, mit dem wir mehr als 130 Maßnahmen bündeln und auch etwas gegen häusliche Gewalt gegen Frauen mit Migrationshintergrund tun, ausdrücklich gelobt worden. Ich bin ganz Ihrer Meinung, wenn es darum geht, zu einer langfristigen Finanzierung der Frauenhäuser zu kommen.

(Sibylle Laurischk [FDP]: Da muss mehr passieren! – Elke Ferner [SPD]: Deshalb haben Sie in Hamburg die Frauenhäuser geschlossen!)

Übrigens waren wir diejenigen, die zum ersten Mal im Deutschen Bundestag eine Anhörung zur Situation der Frauenhäuser durchgeführt haben. Ich weiß: Wenn wir diese Anhörung ausgewertet haben, werden wir eine Lösung finden.

Eine ganz kleine Anmerkung zu den Linken. Was bringt es, den **Internationalen Frauentag**, wie Sie es mit Ihrem Antrag fordern, zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen?

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Fragen Sie mal die Frauen!)

– Frau Tackmann, Sie waren gestern nicht dabei. Wenn ich Revue passieren lasse, wie der Familienausschuss auf diesen Vorschlag reagiert hat, muss ich sagen: Es gab allgemeine Erheiterung.

- (B) (Widerspruch bei der LINKEN)

– Herr Kollege Wunderlich kann es mir wahrscheinlich bestätigen. – Ein solcher Feiertag bringt Frauen nichts. Was Sie damit erreichen wollen, ist wahrscheinlich, an die alten Tage in der DDR anzuschließen; da gab es einen sogenannten Haushaltstag für verheiratete Frauen.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Auch für Männer! Sie werden es nicht glauben!)

Sie versuchen jetzt, diesen Tag wieder gesellschaftsfähig zu machen, diesmal in einer modernen Verpackung.

Einen gesetzlichen Feiertag einzurichten, ist Ländersache. Warum führen Sie diesen Feiertag nicht in Berlin ein, wo Sie doch mitregieren?

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Genau!)

Auf Symbolpolitik können die Frauen in Deutschland verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Das war so flach, darauf brauchen wir nicht zu antworten! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gab drei Anträge zur Finanzierung der Frauenhäuser! Alle drei kamen von der Opposition!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Für die SPD-Fraktion gebe ich das Wort der Kollegin Angelika Graf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Angelika Graf (Rosenheim) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was die Diskussion darüber angeht, wie Frauen repräsentiert sind, können wir durchaus auf die Fraktionen des Deutschen Bundestages schauen und feststellen, wie viele Frauen in den Reihen der Fraktionen sitzen. Auch dies macht deutlich, wie Fraueninteressen in den einzelnen Parteien wahrgenommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Lohn und Brot sind im Leben von großer Wichtigkeit, auch im Leben von Frauen. Genauso wichtig ist es aber, ohne Gewalt und Diskriminierung leben zu können. Deshalb ist sehr zu begrüßen, dass wir heute über den letzten CEDAW-Staatenbericht Deutschlands sprechen. Dies stellt auch eine Gelegenheit dar, der Öffentlichkeit deutlich zu machen, was **CEDAW** überhaupt ist. Wir haben sehr darüber geklagt, dass dies niemand weiß. Diese Debatte bietet die Möglichkeit, darüber zu sprechen, was CEDAW bedeutet. CEDAW ist die UN-Konvention, die seit 1979 weltweit gegen Gewalt an Frauen und Diskriminierung von Frauen kämpft. Sie setzt Maßstäbe, die für viele Frauen eine Hoffnung bedeuten, und fasst den Begriff „Gewalt und Diskriminierung“ absichtlich relativ weit. Viele Staaten – auch wir – haben diese Konvention unterzeichnet und haben sich vorgenommen, sie umzusetzen. Allerdings stellt sich die Frage nach der Umsetzung fast überall; auch dies zeigt der Bericht. Die „Schattenberichte“ der NGOs, aber auch die Stellungnahme der UN-Experten bei der Anhörung machen deutlich, dass es auch bei uns an der Umsetzung fehlt.

(D)

Als grundlegendes Defizit von CEDAW gilt – auch dies ist angesprochen worden –, dass diese Konvention bei uns viel zu wenig bekannt ist. Wir müssen also in Zukunft daran arbeiten, dass die Privatwirtschaft, die Justiz und wir alle, der normale Mann und die normale Frau auf der Straße, wissen, was diese Konvention bedeutet.

Was hat die Anhörung in Genf ergeben? Die Ergebnisse waren recht gemischt, um es freundlich zu formulieren. Insbesondere wurde die Arbeit des BMZ gewürdigt, da dort das Gender-Mainstreaming-Prinzip in allen Bereichen gut durchgesetzt wird. In unserer auf Geschlechtergerechtigkeit orientierten **Menschenrechts- und Entwicklungspolitik** sehen wir also recht gut aus.

(Beifall der Abg. Waltraud Lehn [SPD])

In anderen Bereichen ist es wirklich beschämend, und dies betrifft grundlegende Belange über längere Zeit. Wir haben es in den letzten Jahren offensichtlich nicht geschafft, für die Frauen Verbesserungen bei der Lohn Differenz, der relativ hohen Teilzeitarbeit und der geringen Präsenz von Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen durchzusetzen.

Wenn ich mir die Berichte über die Anhörung vor dem CEDAW-Ausschuss ansehe und mir insbesondere anhöre, was die Kollegin Riemann-Hanewinkel hier angesprochen hat, dann stellt sich mir die Frage, die Frau Tackmann angesprochen hat: Wie schaffen wir es, dass

Angelika Graf (Rosenheim)

- (A) Politik nicht falsche Anreize setzt, die zu einer **Verstärkung von Stereotypen** führen? Vorhin ist mir bei Ihnen, Herr Singhammer, eine Formulierung aufgefallen. Sie haben im Zusammenhang mit dem Elterngeld von den Vätermönaten gesprochen. Genau dies ist eine Verfestigung von Stereotypen. Welcher Zacken wäre Ihnen aus der Krone gebrochen, wenn Sie über Partnermonate gesprochen hätten?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Aber auch die Problematik der von Gewalt betroffenen Frauen und hier insbesondere die oft schlechte Situation der Migrantinnen sind trotz des Gewaltschutzgesetzes immer noch brennend heiße Themen. Die gesundheitliche Versorgung der Frauen ist zum Teil – zum Beispiel bei illegal hier Lebenden – eine wirkliche Schande. Daran müssen wir weiterhin arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch das Thema Frauenhäuser nehme ich auf. Wir müssen dringend daran arbeiten, dass die Frauenhäuser besser finanziert werden, und hierfür eine Lösung zwischen Bund, Ländern und Kommunen finden.

(Beifall bei der SPD)

Was Zwangsverheiratungen angeht, spreche ich das EU-Richtlinien-Umsetzungsgesetz an, das bislang keine Rückkehr von Frauen vorsieht, die zwangsverheiratet werden. Weil aber viele Frauen aus dem Land, in das sie verbracht werden, zurückkehren wollen, müssen wir uns dieses Themas dringend annehmen.

(B)

Auch sind in dem **CEDAW-Bericht** die Themen Frauenhandel und Zwangsprostitution angesprochen worden. Auch daran müssen wir weiterarbeiten, und ich bedaure sehr, dass wir hier noch nicht weitergekommen sind.

Ich komme noch zu einem weiteren Punkt aus der Kritik der UN am deutschen CEDAW-Bericht, der heute schon mehrfach angesprochen worden ist. Ich bedaure es sehr, dass sich unser Ministerium offensichtlich vom **Prinzip Gender-Mainstreaming** verabschiedet. Es geht nicht um die Übersetzung des Begriffes, sondern um die Strategie, die dahintersteckt.

Man kann sicher über diesen eventuell etwas sperrigen Begriff streiten, aber er ist nun einmal international üblich, und Gender-Mainstreaming wurde auch von uns mit der Unterzeichnung von CEDAW als Prinzip anerkannt. Wenn wir uns nun von diesem Prinzip verabschieden, dann verhalten wir uns vertragswidrig. Wir sollten dringend wieder dahin zurückkommen, das Prinzip Gender-Mainstreaming zur Leitlinie unserer Politik zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der VN-Ausschuss hat die Umsetzung von Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting angemahnt. **Gender-Budgeting** gibt es übrigens inzwischen in Österreich, also gar nicht so weit von uns entfernt, Herr Singhammer.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Österreich ist ein schönes Land! Hohe Berge!) (C)

– Das ist ein schönes Land, und die Menschen dort leben noch, obwohl sie Gender-Budgeting eingeführt haben.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen denke ich, dass wir uns überlegen müssen, wie wir dieses gute Prinzip künftig besser implementieren können, statt über Gender-Mainstreaming zu klagen und den Begriff zu verändern.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht ist es möglich, dass wir die 2005 aufgelöste Gender-Arbeitsgruppe im Ministerium wieder einsetzen. Das würde uns vielleicht schon wieder einen kleinen Schritt nach vorne bringen.

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich ist es abstrus: International werden wir für das gelobt, was wir im Rahmen von Gender-Mainstreaming im Bereich der Menschenrechts- und Entwicklungspolitik voranbringen, während wir uns national von diesen Themen verabschieden. Das ist ein großer Fehler.

Ich glaube, wir sollten die internationalen Erfolge betrachten und zusehen, dass wir das, was wir dort angewandt haben und anwenden, künftig auch national besser anwenden. Das wäre ein großer Schritt für alle Frauen in unserem Land.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Markus Grübel [CDU/CSU])

(D)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Elisabeth Winkelmeier-Becker, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das CEDAW-Abkommen von 1979 und die alljährlichen Berichtspflichten dazu sind für uns noch einmal ein willkommener Anlass zur kritischen Selbstreflexion.

(Angelika Graf [Rosenheim] [SPD]: Alle vier Jahre!)

– Das ist der sechste Bericht nach 30 Jahren. Gut, das sind alle fünf Jahre. Der nächste Bericht erscheint 2014, also in fünf Jahren. In diesem Rahmen spielt sich das ab.

Wir sind heute sicher einen großen Schritt weiter als zu dem Zeitpunkt, den auch Michaela Noll ansprach, an dem das **Grundgesetz** hier beschlossen wurde. Damals musste noch um den Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ in unserer Verfassung gekämpft werden. Die Mütter des Grundgesetzes haben den Kampf auf sich genommen und das auch durchgesetzt. Ich glaube, dass sich nicht alle, die das damals mitgetragen und dem zugestimmt haben, bewusst waren, welche Tragweite dieser Satz haben würde, durch den in der Folge wesentliche Entscheidungen des Bundesverfas-

Elisabeth Winkelmeier-Becker

- (A) sungsgerichts und wesentliche Änderungen in der Gesetzeslage hervorgerufen wurden, mit denen die Vorrechte der Männer beseitigt wurden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie der Abg. Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Heute geht es mir um die De-facto-Gleichstellung. Dieses Thema hat eine große Bandbreite. Ich brauche hier nur auf die Vorredner und -rednerinnen zu verweisen, die hier viele Themen angesprochen haben, die zu diesem Bereich gehören.

Vielleicht noch kurz zu dem, was wir getan haben. Ich glaube, wir haben in der Zeit der Großen Koalition durchaus einiges erreicht, was sich auch international vorweisen lässt: das einkommensabhängige Elterngeld mit den Partnermonaten, die U3-Betreuung, die Wiedereinstiegshilfen nach einer Familienphase und Initiativen wie den Girls' Day oder die MINT-Initiative der Bundesministerin für Bildung und Forschung.

(Elke Ferner [SPD]: Die gab es schon zu unserer Regierungszeit!)

Durch die Anhörung zur **Entgeltgleichheit** wurde gezeigt, dass diese Themen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Lebenslauf und die Stereotypen bei der Berufswahl, die entscheidenden Stellschrauben sind, um an dieser Stelle für die Frauen etwas zu verbessern.

(Beifall bei der CDU/CSU – Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Anhörung haben Sie den drei Oppositionsfraktionen zu verdanken!)

(B)

– Ich habe damit überhaupt kein Problem.

Man muss bedenken, welche Schritte wir von vor 60 Jahren bis heute gemacht haben.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Richtig!)

Viele Parteien und Regierungskoalitionen waren dafür verantwortlich.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Gefällt Ihnen das nicht, Frau Schewe-Gerigk?)

Ich denke, wir können vieles auch als gemeinsamen Erfolg ansehen.

Aber wir müssen uns vor allem damit befassen, was wir in Zukunft zusammen anpacken wollen. Dabei ist, denke ich, auch zu dem Thema Entgeltgleichheit, zu dem es die große Anhörung gegeben hat, einiges klar geworden. Es gibt etliche Analysen, die wir gemeinsam tragen. Aber wir streiten an dieser Stelle noch, mit welchem Maß an Zwang oder freiwilligen Anreizen wir zu Änderungen beitragen wollen. Das werden wir sicherlich noch weiter diskutieren müssen.

Wir dürfen uns auf der einen Seite über das ausdrückliche Lob des **CEDAW-Ausschusses** über die Einführung des Elterngeldes, den Ausbau der Kinderbetreuung und einige andere positive Anmerkungen freuen. Aber wir müssen auf der anderen Seite auch die Kritik ernst nehmen. Ich glaube, dass wir uns nicht davor scheuen

müssen. Es liegt auch eine Chance darin. Diese Kritik ist auch dem Respekt gegenüber den Vereinten Nationen, dem Ausschuss und seinen Anmerkungen geschuldet. (C)

Die Distanz, mit der die Vereinten Nationen auf unsere bundesdeutsche Politik schauen, ist sowohl eine Stärke als auch eine Schwäche der Kritik. Sie ist einerseits eine Stärke, weil aus der Distanz unsere parteipolitischen Reflexe, die unsere Diskussionen manchmal überlagern, keine Rolle spielen und man sich auch im internationalen Vergleich einen offeneren, unbefangeneren Blick auf andere Ideen und Maßstäbe gönnen kann. Wenn man andererseits aber in die Details geht, dann zeigt die Kritik auch, dass man innerhalb der Vereinten Nationen die typisch deutschen Besonderheiten nicht ganz im Blick hat.

Mir ist zum Beispiel aufgefallen, dass das **deutsche Unterhaltsrecht** mit der Begründung kritisiert wurde, es könne nicht angehen, dass nach dem dritten Geburtstag eines Kindes der Unterhaltsanspruch entfalle und es außerdem auch keine angemessenen Rechtsbehelfe für die betroffenen Frauen gebe. Das geht an der Rechtslage völlig vorbei.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Richtig!)

Darauf muss ich an dieser Stelle nicht näher eingehen. Es zeigt, dass wir nicht alles eins zu eins umsetzen müssen. Wir müssen aber die Kritik ernst nehmen und sehr genau prüfen, welche Anregungen für unsere deutsche Politik infrage kommen und was wir davon übernehmen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

Das Thema Entgeltgleichheit, das dem CEDAW-Ausschuss große Sorgen macht,

(Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Uns auch!)

steht bei uns auf der Prioritätenliste; dort gehört es auch hin. Einzelne Punkte – zum Beispiel, das CEDAW-Abkommen bekannt zu machen – können wir sicherlich in Angriff nehmen. Wir müssen prüfen, ob die Antidiskriminierungsstelle gerade auch im Hinblick auf die Rechte von Frauen effizient arbeitet. Wir müssen solche deutschen Sonderprobleme in Angriff nehmen wie die Frage, wie wir die Länder stärker in einen verbindlichen Prozess mit einbeziehen können.

Wir müssen die Bedenken kritisch prüfen und entweder klarmachen, warum wir anderer Meinung sind, oder Lösungsansätze entwickeln, bis wir in fünf Jahren den nächsten Bericht vorlegen müssen.

(Elke Ferner [SPD]: Und genauso schlau sind wir heute!)

Dass dazu auch die Aufwertung des Internationalen Frauentages zu einem gesetzlichen Feiertag gehört, ist allerdings auch dem CEDAW-Ausschuss nicht in den Sinn gekommen.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Die kannten unseren Antrag nicht!)

Elisabeth Winkelmeier-Becker

- (A) Mehr **Beteiligung und Einfluss** von Frauen in allen Positionen – auch in führenden Positionen – in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft werden zu einer Win-win-Situation für die Frauen führen, die dann mehr erreichen und sich besser einbringen können, aber auch für die Männer, die sich auch einmal um etwas anderes kümmern können, und für die Unternehmen, die eine breitere Fachkräftebasis brauchen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, ich darf Sie an Ihre Redezeit erinnern.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU):

Ich komme zum Schluss. – Das ist hier schon verschiedentlich angeklungen: Wir müssen auch darüber nachdenken, ob es eine weltweite Finanzkrise in diesen Dimensionen gegeben hätte, wenn es in der Finanzbranche mehr Frauen in führenden Positionen gäbe. Darüber sollten wir alle nachdenken.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzte Rednerin in dieser Debatte ist die Kollegin Elke Ferner, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

- (B) **Elke Ferner (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Man könnte fast sagen: „The same procedure as every year.“ Wir analysieren jedes Jahr vor, unmittelbar am oder direkt nach dem 8. März relativ einvernehmlich das, was in unserer Gesellschaft nicht stimmt. Wenn es aber darum geht, wie das Ganze verbessert und verändert werden kann, ohne dass vielleicht noch die Kinder unserer Enkeltöchter darauf warten und die gleichen Debatten in diesem Haus führen müssen, dann kommt nicht viel.

Ich habe mich während der Debatte gefragt, was denn Marie Juchacz, die am 19. Februar 1919 als erste Frau im Reichstag das Wort ergreifen konnte, nachdem das Frauenwahlrecht eingeführt worden war, bei der heutigen Debatte gedacht hätte. Wie hat sich Art. 3 des Grundgesetzes, den Elisabeth Selbert zusammen mit drei anderen Frauen in der Verfassungsgebenden Versammlung durchgesetzt hat und den wir 1994 parteiübergreifend erweitert haben, ausgewirkt? Wo stehen wir heute? Natürlich sind wir weiter als vor 90 oder 60 Jahren. Aber wir sind noch lange nicht dort, wo wir schon sein müssten.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Ina Lenke [FDP])

Das Problem ist, dass wir uns noch nicht einmal im oberen Drittel befinden oder vielleicht sogar an zweiter oder dritter Stelle in der westlichen Welt liegen, wenn es um Gleichstellung geht. Nein, wir sind weit hinten.

- Frau von der Leyen, ich bin ziemlich enttäuscht, dass Sie hier Fragen über Fragen stellen, aber keine einzige Antwort geben. Heute ist in den Tickermeldungen zu lesen, dass Sie an die Wirtschaft appellieren. Wir appellieren schon seit über 60 Jahren an die Wirtschaft. Aber es passiert nichts. (C)

(Beifall bei der SPD)

Der letzte Bericht der Bundesregierung macht deutlich, dass der Anteil der Frauen in den Topführungspositionen in dieser Republik sogar zurückgegangen ist. Natürlich kann man darüber reden, ob das **Allgemeine Gleichstellungsgesetz** die Wirkung entfaltet hat, die wir uns, als wir es damals verabschiedet haben, gewünscht haben. Auch hier könnten wir weiter sein, keine Frage. Aber es hat auf alle Fälle mehr Wirkung gezeigt als freiwillige Vereinbarungen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Kollegin Schewe-Gerigk, ich gebe unumwunden zu, dass es ein Fehler gewesen ist, dass wir, die Frauen in der SPD-Fraktion, aber auch Sie, die Frauen in der Fraktion der Grünen, während der Regierungszeit der rot-grünen Koalition nicht auf Einhaltung des entsprechenden Teils der Koalitionsvereinbarung bestanden haben. Ich gebe gerne zu, dass das ein Fehler gewesen ist. Aber es ist nicht nur unser Fehler gewesen. Ihr seid mit im Boot gewesen. Euch ist es nicht so wichtig gewesen, dass ihr es zum Dollpunkt gemacht und auf Umsetzung gedrängt habt.

- Wir sind aber lernfähig und haben deshalb sowohl in unserem Hamburger Programm als auch am Dienstag qua Fraktionsbeschluss deutlich gemacht, dass wir ein **Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft** wollen, (D)

(Beifall bei der SPD)

damit Lohngleichheit endlich Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland wird und damit sich mehr als nur eine Frau in den Vorständen der DAX-Unternehmen wiederfindet und der Anteil der Frauen in den Aufsichtsräten der Aktiengesellschaften in Deutschland über 12, 13 oder 19 Prozent liegt. Es gibt genügend qualifizierte Frauen. Die Gewerkschaften achten mehr darauf, dass auch Frauen in den Aufsichtsgremien der deutschen Aktiengesellschaften vertreten sind. Von der Anteilseignerseite kommt hier viel zu wenig. Wenn das in Norwegen geht: Warum soll das dann nicht in der Bundesrepublik Deutschland gehen?

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, ich fordere Sie auf, noch in dieser Wahlperiode mit der Erarbeitung eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft zu beginnen, und biete Ihnen dabei unsere Unterstützung an. Aber Sie wollen das nicht. Wir haben mit Mühe und Not eine Überprüfungs Klausel im Koalitionsvertrag verankert, nach dem Motto: Schauen wir einmal, was der neue Bericht besagt – er liegt nun vor – und ob dann Maßnahmen notwendig sind! Wer angesichts der Bilanz sagt: „Wir haben keinen Handlungsbedarf“, der ist nicht von dieser Welt und vertröstet Generationen von Frauen bei dem, was ihnen zusteht und was sie auch

Elke Ferner

- (A) wollen, nämlich gleiche Teilhabe nicht nur im Erwerbsleben, sondern auch in den Führungspositionen der deutschen Wirtschaft. Ich kann nur an Sie appellieren, die Ergebnisse Ihrer teilweise richtigen Analysen auch umzusetzen und Nägel mit Köpfen zu machen, damit wir hier endlich weiterkommen und nicht noch die nächsten Frauengenerationen auf ihren gerechten Anteil an der Gesellschaft warten müssen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Kollegin Noll, Sie haben eben gesagt, die Union sei führend, wenn es um den Frauenanteil gehe. Ich habe eben nachgerechnet und festgestellt: Der Frauenanteil in Ihrer Fraktion liegt bei 20 Prozent. Das ist wahrscheinlich besser als in der letzten Legislaturperiode. Aber der Anteil könnte sicherlich noch höher sein. Wenn ich lese, dass Frau Kollegin Eymmer Herrn Carstensen vorwirft, er habe ein Frauenbild, das der Sendung *Bauer sucht Frau* entspreche,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

dann frage ich mich, wie es um die Stellung der Frauen in der Unionsfraktion bestellt ist.

Vielleicht zum Abschluss noch: Solange solche Bilder – fünf Herren im Nadelstreifen – sozusagen das repräsentieren, was heutzutage stellvertretend in den Vorständen der deutschen Unternehmen vorzufinden ist, nämlich keine einzige Frau, so lange ist auch der Text richtig: Die Herren brauchen Unterstützung. Sie finden die Fehler im Bild nicht alleine. – In diesem Sinne hoffe ich, dass wir im nächsten Jahr vielleicht über ein paar Fortschritte mehr diskutieren können, statt uns ständig nur in Analysen zu ergehen und in der Sache keinen Schritt weitergekommen zu sein. – Vielen Dank.

- (B)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP zu dem Sechsten Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/9368, in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 16/5807 den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/8416 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalition bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke und bei Gegenstimmen der FDP angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Internationaler Frauentag muss gesetzlicher Feiertag werden“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/12139, den Antrag

- der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/8373 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke mit dem Rest der Stimmen des Hauses angenommen. (C)

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/9486 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/12108 mit dem Titel „Quote für Aufsichtsratsgremien börsennotierter Unternehmen einführen“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU, FDP bei Gegenstimmen von Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltung der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Die heutige Tagesordnung soll um die Beratung einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zur Genehmigung zum Vollzug eines gerichtlichen Durchsuchungs- und Beschlagnahmungsbeschlusses erweitert werden. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe nun Zusatzpunkt 10 auf:

ZP 10 Beratung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuss)

Antrag auf Genehmigung zum Vollzug eines gerichtlichen Durchsuchungs- und Beschlagnahmungsbeschlusses (D)

– Drucksache 16/12131 –

Wir kommen sofort zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist bei zwei Enthaltungen und einer Gegenstimme mit dem Rest der Stimmen des Hauses angenommen.

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 25 a bis 25 g sowie die Zusatzpunkte 2 a bis 2 g auf:

- 25 a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Abkommen vom 8. Oktober 2008 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indien über Sozialversicherung**

– Drucksache 16/12065 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales

- b) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Abkommen vom 4. Juli 2008 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Jersey über den Auskunfts-austausch in Steuersachen**

– Drucksache 16/12066 –